

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

36 (22.1.1926) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

mit **Industrie- u. Handelszeitung** und der Wochenschrift „Die Pyramide“
Gegründet 1803

Zeugdruck: halbjährlich M. 1.50 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1.60. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.00 auswärts M. 2.20. Im Falle höherer Gewalt hat der Zeiger keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht erfolgter Zustellung. Abbestellungen werden nur bis 22. auf den folgenden Monatsbeginn angenommen. Ein Vierteljahrliche: 4.80, halbjährlich 9.00, einjährlich 16.00. Anzeigenpreise: die 9-spaltige Normalzeile oder deren Raum 20 Pf., auswärts 33 Pf., Kleinzeile M. 1.—, an erster Stelle M. 1.20. Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigter Preis. Die Wiederholung nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Streitigkeit und bei Kontrahenten außer Kraft tritt. Belegblätter: Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Musik, Landwirtschaft und Garten, Literatur.

Hauptverleger: Dr. J. L. Lohr. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den Nachrichten: Hans Wap; für den Handel: Heinrich Rapp; für den Stadt, Baden, Jagdgebiete und Sport: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton und „Pyramide“: Karl Jahn; für Kunst: Anton Kudo; für die Frauenzeile: Frieda Dr. E. Zimmermann; für Literatur: Dr. Schriener; sämtlich in Karlsruhe. Druck u. Verlag: E. J. Müller, Karlsruhe, Alterstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. J. Jäger, Berlin-Sieglin, Sedanstraße 17. Telefon Ami Siegel 1119. Für unentgeltliche Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Geschäftsstelle der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Alterstraße 1. Fernsprechanlage: Nr. 18, 19, 20, 21, 207, 1023. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Amerikanisches Loblied auf die alte deutsche Armee.

Senator Reed gegen Völkerbund und Weltfriedensgericht.

Reynort, 21. Jan.

Senator Reed wandte sich in der heutigen Senatsführung scharf gegen den Völkerbund und gegen den Weltfriedensgerichtshof. Dabei ging er eingehend auf die Verhältnisse in Deutschland ein und erklärte, daß Deutschland durch die Sanktionen der Alliierten schwer geschädigt worden sei. Größte Anerkennung sollte er der alten deutschen Armee, deren Tapferkeit jeder anerkennen müsse. Wer das nicht tue, sei blind. Sie habe heldenhaften Widerstand geleistet, der erst durch den verzweifelten Schrei sterbender Frauen und Kinder in der Heimat gebrochen worden sei.

Die englische Hungerblockade und das Sterben der Frauen und Kinder habe den Geist der deutschen Armee unterwühlt.

Nur englische und amerikanische Erfindungen zur Abwehr der U-Boote hätten verhindert, daß England nach 30 Tagen ausgehungert und nach 60 Tagen hätte kapitulieren müssen. Das Weltfriedensgericht würde, wie wirksam es sei, wenn als Sanktion die Blockade über ein Land verhängt wird. Der Weltfriedensgerichtshof könne mit Hilfe des Völkerbundes ähnliche Sanktionen auch gegen Amerika ergreifen, gegen die die ganze amerikanische Armee keinen Widerstand leisten könnte.

Der republikanische Senator Wadsworth in Reynort regte scharf an, der Kriegseinsatz für die Statue Friedrichs des Großen.

Die als ein Geschenk der kaiserlich-deutschen Regierung bei Kriegsausbruch von ihrem Standort vor der Kriegsschule in Washington entfernt worden ist, wieder errichten lassen, da die Vereinigten Staaten jetzt mit Deutschland in Frieden lebten und die Aufstellung sicher als eine freundliche Geste aufgefaßt werden würde.

Englische Kundgebung für die Rheinlandsbevölkerung.

London, 22. Jan.

„Manchester Guardian“ veröffentlicht ein Schreiben der internationalen Frauenliga für Freiheit und Frieden, das dafür eintritt, die Leiden der Rheinlandsbevölkerung dadurch zu beseitigen, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem die endgültige Räumung erfolgt, die veranwortlichen Behörden ihre Anordnungen mehr im Geiste von Locarno treffen als bisher.

Der Kampf um die Besatzungsstärke.

London, 22. Jan.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ hält es für möglich, daß Briand, wenn nicht allzu offensichtlich vom Auslande her ein Druck auf ihn ausgeübt werde, (!) vielleicht dem deutschen Entschluß entgegenkommen könnte, indem er zwar nicht 30 000, so aber doch 10 000 französische Truppen aus der zweiten und dritten Zone zurückziehe. Die Pariser Besorgerin über die Verteilung der deutschen Sicherheitspolizei würden von anderen alliierten Sachverständigen nicht geteilt.

„Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel zur Frage der rheinischen Besatzungstruppen, es sei hohe Zeit gewesen, daß die deutsche Besatzung über die Nichterfüllung der in Locarno bezüglich der Verminderung der Garnisonen im besetzten Rheinland von der britischen und der französischen Regierung abgegebenen Zusicherungen in Downing Street und am Quai d'Orsay beachtet wurde. Wenn tatsächlich die gesamte Truppenzahl in den noch besetzten Gebieten vermehrt worden sei, sei der deutsche Protest berechtigt. Eine Schwierigkeit sei, daß Briand nicht genügend stark sei, um dem französischen Generalstab gegenüber die in Locarno gegebenen Zusicherungen durchzuführen.

Die Bestrafung des Generals Percin. Paris, 22. Jan. Wie „West Journal“ berichtet, hat der Disziplinargerichtshof der Grenzregion gegen General Percin wegen seiner Verfehlungen in der schließlichen Frage als die geringste zulässige Strafe auf einen Verweis erkannt.

Die Deutschenverfolgungen in Südtirol.

München, 22. Jan.

Aus Innsbruck wird gemeldet, daß der Goldschmied Joseph Gschader-Brigen als Vorsitzender des Turnvereins vor Gericht geladen wurde, da er kürzlich Säbel, die zum Festunterricht benötigt wurden, nicht angemeldet hatte. Gschader war der Meinung, daß der Sekretär des Vereins die Säbel angemeldet hätte. Er wurde zu 2 1/2 Monaten Haft und Bezahlung der Prozesskosten mit einer Bewährungsfrist von 2 Jahren verurteilt.

Weiter wird aus Innsbruck gemeldet, daß beim Appellationsgerichtshof in Trient die Berufungsverhandlung gegen den am 5. Oktober 1925 in Bozen zu 11 Monaten 20 Tagen Kerker, Tragung der Prozesskosten und Ersatz von 300 Lire an die Sozialpartei verurteilten verantwortlichen Schriftleiter des „Landmann“, Peter Fuchsbrugger, stattfand, der seinerzeit wegen angeblicher Beleidigung eines sozialistischen Vereins angeklagt war. Der Gerichtshof gab jedoch der Berufungsbegründung, daß die Angelegenheit als politisches Verbrechen unter die Amnestie falle, Folge und sprach Fuchsbrugger frei. Fuchsbrugger war infolge des ersten Urteils von den Behörden als verantwortlicher Schriftleiter des „Landmann“ abgesetzt worden, und der „Landmann“ hatte deshalb bis heute sein Erscheinen einstellen müssen.

Der Kampf gegen das Deutschtum in der Tschechei.

Prag, 22. Jan.

Wie verlautet, soll in den nächsten Tagen die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz herausgegeben werden. Damit soll eine weitere Zurücksetzung der deutschen Sprache in der Tschechoslowakei erzielt werden. Die Verordnung wird besonders von den tschechischen Nationaldemokraten gefordert, weil durch die objektive Erkenntnis des Obersten Gerichtes der bisher von den Behörden geübte Zwang zur Tschechisierung deutscher Aufschrifttafeln im deutschen Gebiet als gescheitert aufgehoben worden ist. — Am nächsten Sonntag sollen im deutschen Gebiet Demonstrationsversammlungen mit Entwertung der erzwungenen tschechischen Aufschrifttafeln stattfinden.

Die englisch-italienischen Schuldenverhandlungen vor dem Abschluß?

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 22. Jan.

Nach Meldungen aus London stehen die italienisch-englischen Schuldenverhandlungen vor dem Abschluß. Es handelt sich nur noch um Einzelheiten, über die man sich jedoch auch zu einigen hofft. Italien wird seine Schuld in 62 Jahren zurückzahlen, wobei ihm ein Moratorium von 5 Jahren gewährt wird. Die italienischen Zahlungen sollen sich auf 60,8 Millionen Pfund jährlich belaufen.

Sparmaßnahmen der englischen Regierung.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

S. Paris, 22. Jan.

Der englische Finanzminister Churchill erklärte in einer Rede in Leeds, daß die englische Regierung auf das rigoröseste Sparmaßnahmen durchführen müsse. Sollte das Parlament die von der Regierung vorgeschlagenen Einschränkungen ablehnen, so müßten die Steuern sofort erhöht werden. Was die Kohlenkrise anbetrifft, so schätzt Churchill die von der Regierung vom August 1925 bis April 1926 gezahlten Unterzahlungen auf 21 Millionen Pfund.

Vor einem Streik der englischen Eisenbahner?

London, 22. Jan.

Die Delegiertenkonferenz des Nationalen Eisenbahnerverbandes beschloß die Entsendung des Rohntames a. h. L. h. n. n., das die Forderung der Eisenbahner auf Erhöhung der Löhne sowie die Forderung der Arbeitgeber nach Herabsetzung der Löhne zurückgewiesen hat.

Die durch diesen Beschluß geschaffene Lage wird als wirkliche Krise angesehen. Man nimmt

an, daß ein Beschluß über die Frage, ob der Streik proklamiert werden soll, nicht gefaßt werden wird, bevor die Delegierten des Verbandes mit den Arbeitgebern zusammengekommen sind und versucht haben, die Verhandlungen wieder zu eröffnen.

Die Marinementereien von 1917/18.

Schwere Vorwürfe des Abg. Dittmann gegen die Flottenjustiz.

VDZ, Berlin, 22. Jan.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages, der die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 erforschen soll, trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, in der er sich mit den Unruhen bei der Marine beschäftigte, die den ersten Anstoß zur Revolution von 1918 gegeben haben.

Der sozialdemokratische Abg. Dittmann verbreitete sich über die Unruhen und ihre Ursachen in einem Referat, das am Freitag mehrere Stunden in Anspruch nahm und das er erst in der nächsten Sitzung am Samstag zu Ende führen will. Er stellte zunächst aus den Akten des Reichsmarineamtes fest, daß seit Kriegsausbruch bis Ende 1917 auf den Schiffen der Marine folgende Strafen verhängt wurden: 180 Jahre und fünf Wochen Gefängnis, 181 Jahre und ein Monat Zuchthaus und zehn Todesurteile, von denen zwei vollstreckt worden seien. Als Ursache der Exzitierung der Mannschaften bezeichnete der Redner den großen Unterschied zwischen der Beförderung der Mannschaften und der der Offiziere auf den Schiffen im Kohlrüben-Winter 1916/17. Die Mannschaften seien davon überzeugt gewesen, daß die für sie bestimmten Lebensmittel zum großen Teil in die Offiziersmessens gewandert seien und erbittert darüber, daß die Offiziere trotz der Not der Zeit große Schlemmereien und Festgelage abgehalten hätten. Als dann auf mehreren Schiffen die Mannschaften demonstrieren mehrere Stunden lang dem Dienste fernblieben, habe man als die Ursache dieser Insubordination Verbeugung durch die U.S.P. angegeben. Tatsächlich sei damals bei den Mannschaften die Sehnsucht nach einem Verständigungsfrieden und die Hoffnung auf die internationale sozialdemokratische Konferenz in Stockholm sehr groß gewesen. Es seien auch Unterschriften gesammelt worden für eine Erklärung, in der der Wille zu einem Verständigungsfrieden der Stockholmer Konferenz unterbreitet werden sollte. Keineswegs aber sei dabei an eine Sabotage der Landesverteidigung gedacht worden.

Die Führer der U.S.P.D. hätten von diesen Listen gar keine Kenntnis gehabt. Sie seien zwar von einigen beurlaubten Matrosen aufgesucht worden, die ihnen aber lediglich Beschwerden über Verpflegung und Behandlung vorgebracht hätten. Während der Flottenchef die im Jahre 1917 vorgenommenen Entfernungen vom Dienste auf die Unterabdrückung und auf die durch die lange Kriegsdauer verursachte Abspannung der Mannschaften zurückführte, hätten erst die beiden Kriegsgerichtsräte aus der Sache eine Verschwörung gemacht. Die Untersuchungsleiter hätten bei der Vernehmung der Angeklagten und Zeugen einen unerhörten Druck ausgeübt und auch mit gefährlichen Protokollen gearbeitet. Die Kriegsgerichtsräte Dr. Dobrina und Dr. Wolf hätten mit einem Heere von Ladepistolen förmlich eine Menschenjagd organisiert. Die Spitzelaufgaben seien die Hauptgrundlage dieser Anklageschriften und der Urteile gewesen. Auf dieser Grundlage sei dann die Anklage wegen Kriegsverrats gegen den Matrosen Reichspfeilsch und andere aufgestellt worden. In einem Rechtsgutachten für den Staatssekretär Capelle habe Geh. Admiralitätsrat Dr. Felsch sofort erklärt, daß die Vorbedingungen des Kriegsverrats nicht gegeben seien. Admiral Scheer habe diese rechtlichen Bedenken gegen die Todesurteile ausdrücklich anerkannt, aber dennoch die Todesurteile bekräftigt, um ein Exempel zu statuieren. Am 5. September seien Reichspfeilsch und Köbis, beide Teilnehmer der Seeschlacht am Skagerrak auf dem Schießplatz Wahn bei Köln erschossen worden. Abg. Dittmann bezeichnete diese Erschießung als einen militärischen Willkürakt aus politischen Motiven, als einen Akt des Terrors gegen die Friedensrevolution des Reichstaates und gegen die U.S.P.D. Er bestritt im übrigen nachdrücklich, daß die U.S.P.D. jeweils Meutereien veranlaßt oder gefördert habe. Sie habe die Landesverteidigung nicht schwächen, sondern lediglich einen Verständigungsfrieden ohne Sieg und Niederlage herbeiführen wollen.

Die Dauerkrise in Frankreich.

Von Dr. Paul Hohrbach.

Zwischen der Situation in Deutschland und in Frankreich gibt es gewisse Ähnlichkeiten. Was äußerlich am auffallendsten hervortritt, das ist der Zweifelspalt in der Sozialdemokratie, ob sie sich an der Regierung veranwortlich beteiligen soll oder nicht. Sogar das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen in Deutschland und Frankreich ist ungefähr dasselbe. Während es sich aber in Deutschland ganz allgemein um die Regierungsgeschäfte handelt und höchstens das Verhältnis der Parteien zur Politik von Locarno ein gewisses Auseinandergehen innerhalb eines nicht sehr weiten Rahmens zuläßt, steht in Frankreich eine beherrschende Frage im Vordergrund, die der Wahrung. In diesem breiten Graben muß jede Partei, die sich bereit erklärt, zu regieren, auch zeigen, wie sie springen will. Allerdings wollen die meisten Leute in Frankreich von einem wirklichen Sprung noch nicht viel wissen, sondern drücken sich mit allerhand sprunghaften Gebärden und Anläufen am Grabenrand hin und her. Auch von der Sozialdemokratie ist es keineswegs sicher, ob sie wirklich springen will, oder ob es ihr mehr darauf ankommt, die anderen glauben zu machen, sie würde springen, wenn man ihr die Geißel übergäbe.

Um die Lage richtig zu erfassen, muß man sich die Parteiverhältnisse in der französischen Kammer vergegenwärtigen. Als zum 11. Mai 1924 regierte der „Nationale Block“, die „Kriegs- und Siegespartei“ unter Führung Poincarés, für die jedes finanzielle Problem sich in die kurze Formel auflöste: „Der Boche wird alles bezahlen.“ Bei den Mai-Wahlen 1924 wurde der Poincarismus gestürzt und das „Kartell der Linken“ erhielt die Regierungsmehrheit. Dies Kartell war gegründet worden zum Zweck der Wahl, um die gefährdende Herrschaft der chauvinistischen Rechten zu beseitigen; aber es behielt ein einheitliches politisches Programm — außer der allgemeinen Einsicht, daß sich die Gewaltspolitik gegen Deutschland nach dem System Poincarés und die uralte Finanzwirtschaft nicht länger anrecht erhalten ließen.

In bezug auf Deutschland kam, nicht ohne Mühe, die Reihe der bekannten Einigungen zustande: erst auf das Londoner Abkommen, dann auf die Räumung des Ruhrgebietes, schließlich auf den Vertrag von Locarno, mit den bekannten „Rückwirkungen“, von denen sich jetzt bei der Festlegung der Besatzungsstärke im Rheinland schon zeigt, wie überreizt es war, von einer tiefereigreifenden Sinnesänderung auch bei den Parteien der Linken zu sprechen. Bei der Finanzreform aber ist keine mittlere Linie zwischen den beiden Hauptgruppen des Kartells der Linken, den „Radikalen“ und den „Sozialisten“, zu finden. Die französischen Parteibezeichnungen sind für unsere Begriffe insofern irreführend, als Worte wie „radikal“ und „sozialistisch“, mit und ohne Zusammenfassung mit anderen Bezeichnungen, auf Gruppen und Programme angewendet werden, die im Grunde sehr wenig radikal oder nur zweifelsfrei sozialistisch sind. Die bürgerliche, oder besser gesagt, die bourgeois Denkweise liegt dem Franzosen so tief im Blut, namentlich wenn es sich um Dinge wie Zins, Rente, Einkommensbesteuerung, Besteuerung usw. handelt, daß nicht einmal unter den hundert Sozialisten, die es in der Kammer gibt, jeder einzelne als ernstlicher Vertreter eines im deutschen Sinne sozialdemokratischen Programms angesehen werden kann. Bei einem Teil der sozialistischen Kammerabgeordneten ist es mehr die Rücksicht auf die Arbeiterwähler, denen sie ihr Mandat verdanken, als Marxistische Ueberzeugungstreue, wovon ihre Haltung bestimmt wird.

Als Herriot, den man als einen unklaren „Halbsozialisten“ bezeichnen kann, sein Kartellkabinett bildete, konnten es die Sozialisten aus „prinzipiellen“ Gründen nicht über sich gewinnen, in die Regierung einzutreten. Sie überließen der bürgerlichen Linken die Verantwortung, versprachen aber wohlwollende Haltung, soweit ihr Parteiprogramm es ihnen erlauben würde. Das taten sie auch beim ersten Kabinett Painlevé. Gegen das zweite waren sie schon mißtrauisch, und noch viel mehr gegen das letzte Kabinett Briands, der ihnen persönlich deshalb fatal ist, weil er früher sozialistischer Parteisekretär war und dann weiter nach rechts hinüberwechelte. Als die Frage der Regierungsbildung, zunächst also der Aufstellung eines politischen Programms und der Bereitschaft zur Uebernahme der Verantwortung an die Sozialisten kam, legten sie folgenden Programmwurf vor:

1. Verrückung der Finanzen durch eine starke Kapitalabgabe von den Wohlhabenden, unter Schonung des „kleinen Mannes“.

Die heutige Abendausgabe unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

- 2. Sparjamkeit in der Verwaltung;
- 3. Verringerung der Armee;
- 4. Abbau der kolonialen Kriegspolitik in Marokko und Syrien.

Dieses Programm aufzustellen, war insofern ungefährlich, als jedermann sagen konnte, daß sich in der jetzigen Kammer keine Mehrheit dafür finden würde. Die äußerste bürgerliche Linke, nach französischer Benennung die „Sozial-Realisten“, würde die Kapitalabgabe mitmachen, faun aber die Friedenspolitik in Marokko und Syrien und keinesfalls den freiwilligen teilweisen Abbau des Militarismus. Dieser hat seine begeisterten Anhänger bis in die eigentliche sozialistische oder sozialdemokratische Partei hinein. Paul Boncour, der auch dorthin gehört, wollte ja mit der französischen Besatzungsarmee „an den Rheinbrücken stehen bleiben“, so lange, bis eine „wirkliche“ Sicherheit für Frankreich geschaffen sei!

Da die Frage der sozialistischen Führung für Finanzreform und allgemeine militärisch-politische Umstellung einwirkend erlebte ist, so handelt es sich für die französischen Sozialisten nicht darum, ob und unter welchen Bedingungen sie sich an einer bürgerlichen Regierung beteiligen sollen. Die Mehrheit auf dem sozialistischen Parteitag, der in der ersten Hälfte des Jahres in Paris stattfand (1768 Mandate gegen 1831), hat ihre Weigerung erklärt, in ein Kabinett bürgerlicher Färbung einzutreten, aber sie will jede Regierung unterstützen, die in irgend einer Form die große Kapitalabgabe aus dem sozialistischen Finanzreform-Programm aufnimmt. Die Minorität ist außerdem sogar für aktive Teilnahme an einer Regierung, von der diese Bedingung erfüllt wird und die außerdem die Sozialversicherung reformiert, die Militärdienstpflicht verkürzt und den Frieden in Marokko und Syrien baldigst abschließt.

Bei der gegenwärtigen Finanzreform-Vorlage des Kabinetts Briand ist das Hauptstück, das dem deutschen Vorbild entlehnte Umsatzsteuer, in der Kommission bereits abgelehnt. Briand will es anscheinend auf den Kampf in der Kammer ankommen lassen, dem dann aber noch der viel schwieriger im Senat folgen müßte. Die bürgerliche Linke hat sich nun zu entscheiden, wie sie es weiterhin mit dem Kartell, das heißt der grundsätzlichen Einheitsfront der Radikalen vom Mai 1924, halten will. Ohne eine Entscheidung für oder wider ist die Situation nicht voranzubringen. Entweder muß die bürgerliche Linke den Plan des jetzigen Finanzministers Doumer auch im Plenum ablehnen, die Regierung fürsagen, die Kapitalabgabe abzupfeifen und mit Hilfe der sozialistischen Stimmen durchbringen, oder sie muß das Kartell kündigen, in der Finanzfrage das Kapital schonen (wie das gemacht werden soll, ist allerdings ein Rätsel) und, um eine Mehrheit zu bekommen, Anschluß nach rechts statt nach links suchen. Am ersten Fall ist entschlossener Widerstand aller kapitalistisch interessierten Kreise zu erwarten, im zweiten empörte Aufregung unter den Massen, deren Konsum bis ins Unerträgliche belastet werden müßte. Auf die eine wie auf die andere Art würde sich die Finanzkrisis zu einer großen allgemeinpolitischen Krisis entwickeln.

Der russisch-chinesische Eisenbahnkonflikt.

22. Moskau, 21. Jan. Tschihscherin hat den russischen Vorkäufer in Peking, Karachan, beauftragt, in dem russisch-chinesischen Eisenbahnkonflikt die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung aufzunehmen und diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Der russische Vorkäufer hat darauf sofort eine Note dem chinesischen Außenministerium mit der Erklärung gegeben, daß die russische Regierung bereit sei, den Konflikt beizulegen, wenn Tschangsolin seine Truppen von der chinesischen Ostbahn abberufe. Tschangsolin ist jedoch gegen jede Beteiligung des Konflikts und hat die Sowjet-Diplomatie im fernsten Osten wegen ihrer Haltung stark angegriffen.

Eine sozialistische Regierung im Kampf mit der Wirtschaftskrise.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“).

Es kann als ein eigentümliches Schicksal der ersten sozialdemokratischen Regierung Dänemarks angesehen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen und die Notlage der beschäftigungslosen Arbeiter niemals größer war als gerade jetzt unter dem roten Kabinett Stauning! Die Zahl der Arbeitslosen ist während der ersten vierzehn Tage des neuen Jahres um 8000 auf etwa 82000 angewachsen. Immer schließen weitere große Industriebetriebe ihre Tore zu. Am schlimmsten sind die Textil-, die Eisen- und die Schiffsbauindustrie gestellt. So beträgt der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie jetzt nur noch 46 Prozent der Normalzahl im ganzen Lande, derjenige der Tuchfabriken sogar nur 28 Prozent! Das sind Rekordzahlen.

Die sozialdemokratischen Minister scheinen unter der Arbeitererschaft tatsächlich auch schon recht viele Sympathien erregt zu haben. Die Arbeiter werden von Woche zu Woche ungeduldiger, weil die Regierung zu viel rede und verhandle, aber dabei viel zu wenig ausrichte. Erst in der allerletzten Zeit hat sich die Regierung zum Handeln aufgerafft. Kurz vor Weihnachten wurde ein Gesetzesvortrag zur Linderung der Notlage der Textilindustrie eingebracht. Das Gesetz, das jetzt angenommen ist, bezweckt die Erleichterung der Lage der Betriebe durch Herabsetzung der Zölle auf gewisse von ihnen benötigte Rohstoffe und Maschinen. Weiter wurde der Regierung vom Reichstage ein Betrag von 11 Millionen Kronen zur Ausführung von Arbeiten bewilligt. Endlich unterbreitete das Ministerium dieser Tage dem Reichstage einen Gesetzesvortrag, wonach vom sogenannten „Arbeitslosenfonds“ des Staats 6 Millionen Kronen bereitgestellt werden, damit auf diese Weise gewisse, von der Krise besonders hart getroffene Betriebe in die Lage gesetzt werden, den Arbeitern die vollen Löhne nach den vereinbarten Sätzen der Tarifverträge zu zahlen. Falls dieser Vortrag vom Reichstag angenommen wird, was wahrscheinlich ist, werden 30000 von den jetzt beschäftigungslosen Arbeitern auf die Dauer von etwa 100 Tagen wieder in Tätigkeit kommen. Das sind aber alles nur „Tropfen auf den heißen Stein“; eine wirkliche Erleichterung der Krise wird erst eintreten, wenn das Preisniveau sich entsprechend dem jetzigen hohen Stande der Kronen-Waluta wird ausgeglichen haben. Der Preisfall ist im Begriff, sich in recht gefundener Weise zu vollziehen, wenn auch ein Stück Weniges übrig ist. Das Jahr 1926 wird aber hoffentlich eine effiziente Besserung der Wirtschaftslage, im Wege der Vollendung des Prozesses der Preislenkung, bringen.

Die Lage in Spanien.

S. Paris, 20. Jan. Trotz mancher gegenteiliger Prophezeiungen ist weder die Diktatur de Alvaros zusammengebrochen, noch der Diktator selbst in Ungnade gefallen. Worin die Neuordnung in Spanien wirklich besteht, sei nachstehend kurz zusammengefaßt. Die reine Militärdiktatur wurde in eine Zivil-Militatur umgewandelt, aber das Regierungssystem Primo de Alvaros blieb. Man hat versucht, es mit dem gegenwärtigen System in Italien zu vergleichen, nicht ganz mit Unrecht, denn es sind Ähnlichkeiten vorhanden, die eine Parallele rechtfertigen. So vor allem die in beiden lateinischen Ländern gleiche Verneinung eines alleinleitenden parlamentarischen Systems, die gleiche überragende Stellung des Ministerpräsidenten, schließlich auch die Bildung der nationalen Bürgergarde in Spanien, die als eine abgeschwächte Nachahmung der faschistischen Miliz erscheint. Aber die Verschiedenheit des Nationalcharakters und der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Völ-

ker lassen andererseits diesen Vergleich nicht zu, im besonderen nicht eine Gegenüberstellung der beiden Diktatoren. Mussolini ist ein Kind der Revolution, geboren in der Bluttat der Weltkriege. Primo de Alvaros, Marquis de Estella, hingegen ist kein Volkstribun wie Mussolini, er ist ganz Aristokrat und stammt aus einer spanischen Militärfamilie. Sein Onkel war Marschall von Spanien. Schon als junger Offizier erhielt er auf den Schlachtfeldern von Afrika den höchsten militärischen Orden für seine Tapferkeit. Stupellos räumte er am 13. September 1923 mit den verrotteten Cortes (Kammern) auf und schuf das Militärdiktatorium aus tüchtigen Generalen, die kaum für ihr neues Amt vorbereitet waren, aber das Land aus dem Sumpf des parlamentarischen Regimes wieder zur Ordnung und Disziplin geführt haben. — Die neue Regierung beginnt mit einem großen Reformwerk. An erster Stelle soll die Finanzwirtschaft saniert werden. Aber solange die Marokko-Kampagne Spanien belastet und Millionen unproduktiv verzehrt, kann an ein richtig ausbalanciertes Budget nicht gedacht werden. Durchschnittlich hat das Defizit in den letzten Jahren zwischen 600 und 700 Millionen Pesetas geschwankt. Da in Spanien mit Direktoren regiert wird und kein Parlament darüber zu verhandeln hat, bedeuten alle die kommenden Finanzreformen eine Uebergriffung für das Land. Außenpolitisch ist die Stellung Spaniens günstiger als in den Vorjahren. Besonders wichtig werden die neuen Mittelmeertratte und Schiffsverträge mit Frankreich und England sein.

Bayern und die Regierungsbildung im Reiche.

WTB. München, 22. Jan. In der außerbayerischen Presse wurden zahlreiche Vermutungen über die Mitwirkung der bayerischen Regierung bei den Entschlüssen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei betreffend die Besetzung des Reichsinnenministeriums angestellt. Es wird in den verschiedenen Blättern so hingeworfen, als ob es eines besonderen Eingreifens und Druckes des bayerischen Ministerpräsidenten bedürftig hätte, um die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei zu ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Person des Abgeordneten Koch zu bestimmen. Wie der Landespräsident des Süddeutschen Korrespondenzbüros hierzu erzählt, ist das eine politische Legende, ebenso wie die angebliche Reue des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei zum bayerischen Ministerpräsidenten in das Reich der Fabeln gehört.

Werbung für das Roggenbrot.

Berlin, 20. Januar. Die Zentrumsfraction des Reichstages eruchte in einem Antrage die Reichsregierung, eine lebhafte Aufklärung und Werbung für den Genuß von Roggenbrot zu entfalten und unverzüglich einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch den der Verbrauch von Weizenbrot zugunsten von Roggenbrot eingeschränkt und die Einfuhr von ausländischem Weizen und Weizenmehl verhindert wird.

Badische Politik

Zum 75. Geburtstag des Staatsministers a. D. von Bodman.

Der Badische Staatsanzeiger schreibt zum 75. Geburtstag des Staatsministers a. D. v. Bodmann u. a.: „Das badische Volk hat alle Veranlassung, diesem Staatsmann, der zu den begabtesten und marantesten Persönlichkeiten seiner Zeit gehörte und in seinem treuen Pflichtgefühl von niemandem übertroffen wurde, von Herzen dankbar zu sein. Die Anerkennung, die Bodman gefunden hat, erstreckte sich in alle

Stichten der Bevölkerung. Und auch die Vertreter der Parteien, die ihn aus parteipolitischen Gründen bekämpften, haben seiner eminenten Fähigkeit stets hohe Achtung gezollt. In den Tagen der Revolution leistete Herr v. Bodman auch, nachdem er seines Amtes enthoben worden war, bei der Ueberleitung in die neuen Zustände die wertvollsten Dienste. Und so hat auch der neue Staat allen Grund, ihm dankbar zu sein. Ohne seine Vermittlung wäre vor allem die Auseinandersetzung mit dem Hause Bähringen nicht so rasch und befriedigend verlaufen. Wenn auch Herr v. Bodman als der Vertreter eines anders gearteten staatsrechtlichen Systems gelten hat, wird kein Anhänger des neuen Staates ärgern, ihm mit allen den Gefühlen des Respekts und der Verehrung zu begegnen, auf die nun einmal treue Pflichterfüllung und erfolgreiches amtliches Wirken, vornehmlich Gesinnung und hoher Gedankenflug unter allen Umständen Anspruch haben. So sei auch an dieser Stelle Freiherrn v. Bodman unser herzlichster Glückwunsch zu seinem 75. Geburtstag dargebracht.“

Der Minister des Innern Kemmle hat dem Staatsminister a. D. v. Bodman zu seinem 75. Geburtstag folgendes Glückwunschtelegramm gefandt: „Es ist mir eine Ehre, Ihnen zu Ihrem 75jährigen Geburtstag namens der badischen inneren Verwaltung aufrichtige Glückwünsche übermitteln zu dürfen. Ihrer langjährig erfolgreichen, mitunter auch harten Lebensarbeit am Wohle Badens sei aus diesem Anlaß ehrend gedacht.“

„Anrempelung Banerns im Badischen Landtag“

Unter dieser Ueberschrift gibt der „Frankfurter Kurier“ einer Zuschrift Raum, die sich mit einer Anrempelung des früheren badischen Arbeitsministers Dr. Engler im badischen Landtag am 1. Dezember 1925 auseinandersetzt. Dr. Engler hatte damals, die unglückliche Flaggendränge betreffend, gesagt:

„Bayern hat schwarz-rot-gold verlangt und schwarz-weiß-rot immer abgelehnt. Ich habe in Bayern in den 90er Jahren beim 9. Infanterieregiment gedient und ich kann Ihnen sagen, man hätte vor seinen Vorgesetzten noch eher Gnade gefunden, wenn man eine rote Fahne statt einer schwarz-weiß-roten genommen hätte. Ich habe in meiner ganzen Dienstzeit niemals eine schwarz-weiß-rote Fahne gesehen, die man verehrt. Jetzt sind die Leute dort für schwarz-weiß-rot, weil sie immer das wollen, was sie nicht leisten!“ (Gelächel). — Aus dem amtlichen Bericht S. 271.

Dazu wird in dem genannten Blatte aus Würzburg, der ehemaligen Garulion Englers, geschrieben:

„Daß der Gemeine Engler in der Truppe keine schwarz-weiß-rote Fahne sah, ist natürlich, da unsere Fahnen weiß-blau waren, aber in der Stadt müßte er sie gesehen haben, denn wenn diese bei feierlichen Gelegenheiten — wie alle anderen Städte im Deutschen Reiche — in erster Linie in den Landesfarben flaggten — unbeschadet der Achtung und der Treue gegen Kaiser und Reich und dessen Farben — so waren doch immer, vor allem an Kaisers Geburtstag, zahlreiche schwarz-weiß-rote Flaggen in der ganzen Stadt Würzburg geflitzt. Eine rote Fahne wäre dem Gemeinen Engler damals aber recht läßel gekommen! Was die Farben schwarz-rot-gold anlangt, so sprach damals davon überhaupt kaum jemand in Bayern; das ist, entgegen den geltenden Reichsfarben in Bayern „verlangt“ worden seien, dessen können wir uns beim besten Willen nicht bestimmen.“

Auskunftei Birgel!
Einzel- u. Abonnementsauskünfte für jedermann.
Erbr. n. z. 31 a. Ludwigsplatz. Tel. 455

Die bewohnte Erde.

Von Dr. Heinrich Winterberg.

Nach Zählungen und allgemeinen Schätzungen wird unsere Erde zurzeit von 1620 Millionen Menschen bewohnt. Wenn die Behauptung eines Statistikers, wonach die Bevölkerung unseres Planeten sich jährlich um 50000 Menschen vermehrt, zutrifft, so würde sich die Menschheit im Zeitraum von etwa 120 Jahren verdoppeln. Das Problem der Ueberbevölkerung liegt also bereits in absehbarer Nähe. Schon heute gibt es, vor allem in Europa, Gebiete, die überbevölkert sind und die nicht mehr die Möglichkeit geben, ihren Bewohnern die notwendige Menge von Lebensmitteln zu bieten, während andererseits ausgedehnte Landstriche vorhanden sind, die noch der Bestedlung erschlossen werden können. Man hat berechnet, daß bei zweckmäßiger Ausnutzung der Erdoberfläche und entsprechender Erhöhung und Verbesserung der Arbeitsleistungen unsere Erde etwa 10 Milliarden Menschen (also das Sechsfache der heutigen Menschheit) aufnehmen imstande ist.

1620 Millionen Menschen! Das ist eine Ziffer, die in uns die Vorstellung eines ungeheuren Gewimmels hervorruft und bereits die Sorge von drohender Ueberbevölkerung aufkommen läßt. Und dennoch ist es möglich, diese 1620 Millionen Menschen vollständig auf der kleinen Insel Bornholm unterzubringen. Da auf einer Meile 12000 Menschen Aufstellung nehmen können, so ist es möglich, auf einer Quadratmeile (12000 mal 12000) 144 Millionen Individuen aufzustellen. Da Bornholm etwa 11 Quadratmeilen groß ist, so würde diese kleine Ostseeinsel vollkommen ausreichen, um auf ihr die gesamte Menschheit zu verpacken. Nach einer anderen Berechnung ist es möglich, die gesamte Menschheit in einer würfelförmigen Kiste zu verpacken, bei der jede Kante 1000 Meter Länge besäße. In einem Raum von einem Kubikmeter würde also die ganze Menschheit unterzubringen sein, wobei jedem einzelnen ein Raum von 2 Meter Länge, $\frac{1}{2}$ Meter Breite

und $\frac{1}{4}$ Meter Höhe zugewilligt werden könnte. Eine Konfessionsstatistik, die kürzlich das englische World-Almanach veröffentlichte, stellt fest, daß auf der Erde zurzeit 566 Millionen Christen leben, darunter 273 Millionen römische Katholiken, 122 Millionen griechisch-russische Katholiken, 171 Millionen Protestanten. Ferner gibt es 301 Millionen Anhänger des Kon-fu-tse, 220 Millionen Mohammedaner, 210 Millionen Hindus, je 136 Millionen Animisten und Buddhisten, 15 Millionen Juden usw. Demnach sind etwa 35 Prozent der Menschheit Christen (nämlich 16,9 Prozent römisch-katholisch, 10,5 Prozent protestantisch und 7,5 Prozent griechisch-katholisch).

Auf unserer Erde gibt es gegenwärtig 18 Millionenstädte (vor 50 Jahren dagegen nur sechs). An der Spitze steht London mit 7,5 Millionen Einwohnern. Dann folgen New York mit 6, Berlin mit 4, Paris mit 2,4, Chicago mit 2,7, Osaka mit 2,5, Tokio mit 2,1, Wien mit 1,8, Philadelphia mit 1,82, Buenos Aires mit 1,8, Schanghai mit 1,5, Hankau mit 1,2, Rio de Janeiro mit 1,2, Hamburg mit 1,06, Moskau mit 1,03 und Sydney mit über 1 Million Einwohner. Groß-London ist nicht nur in bezug auf die Einwohnerzahl die größte Stadt der Welt, sondern auch hinsichtlich der Bodenfläche, die etwa 1800 Quadratkilometer umfaßt. Dann folgen New York mit 1700, Berlin mit 874 Quadratkilometern, Chicago mit etwa 500, Paris (mit Seine-Departement) mit 480, Philadelphia mit 331, Wien mit 278, Budapest mit 201, Buenos Aires mit 181 Quadratkilometern. Die übrigen, vor allem die asiatischen Großstädte, sind in ihrer räumlichen Ausdehnung statistisch weniger leicht zu erfassen und müssen daher unberücksichtigt bleiben.

China, als das volkreichste Land der Erde, weist 53 Großstädte (je über 100000 Einwohner) auf, darunter drei Millionenstädte; nämlich Kanton mit 1,6, Schanghai mit 1,5 und Hankau mit 1,2 Millionen Einwohner. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfügen sogar über 79 Großstädte, wovon drei Millionenstädte sind: New York, Chicago und Philadelphia. Im Jahre 1900 gab es in den Vereinigten Staaten erst 38, im Jahr 1850 nur 6 Großstädte, ein Be-

weis für die phantastische Entwicklung dieses Landes, die noch klarer sichtbar wird, wenn man erwähnt, daß es im Jahr 1800 in den Vereinigten Staaten nur 6 Städte gab, die mehr als 8000 Seelen zählten.

Wenn man die einzelnen großen Länder der Erde auf ihre Großstädte hin statistisch einordnet, so ergibt sich folgendes Bild: Vereinigte Staaten 79, China 53, Großbritannien 52, Deutschland 40, Indien 34, Rußland 28, Italien und Japan je 16, Frankreich 15.

Die allgemeine Volkszählung, die im Jahr 1925 in Deutschland stattfand, ergab in bezug auf die Großstädte folgendes Resultat: Groß-Berlin 3 968 388 Einwohner, Hamburg 1 059 588, Köln 600 114, München 671 548, Leipzig 660 140, Dresden 608 025, Breslau 538 331, Essen 462 428, Frankfurt a. M. 457 831, Düsseldorf 429 516, Hannover 414 392, Nürnberg 384 272, Stuttgart 337 199, Chemnitz 323 153, Dortmund 313 245, Magdeburg 287 932, Bremen 237 840, Duisburg 272 050, Königsberg (Pr.) 266 205, Stettin 250 709, Mannheim 242 336, Kiel 209 738, Seltendorf 204 178, Halle a. S. 192 497, Barmen 184 700, Altona 182 165, Kassel 167 918, Elberfeld 164 374, Augsburg 162 135, Bochum 156 363, Aachen 153 797, Karlsruhe 144 700, Braunschweig 144 677, Erfurt 133 707, Regensburg 129 674, Hamborn 126 494, Wülheim (Ruhr) 125 526, Lübeck 120 218, München-Gladbach 114 336, Plauen i. V. 109 958, Mainz 107 532, Wiesbaden 104 662, Münster 104 581, Oberhausen 104 353, Duisburg a. Rh. 100 070. Hierzu kommt noch Saarbrücken mit etwa 125 000 Einwohnern.

Insgesamt gibt es auf der Erde 90 Millionen deutschsprachige Menschen, von denen 62,5 Millionen im Reichsgebiet leben. Die Tatsache, daß es etwa 30 Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen gibt, sollte uns ein Anlaß sein, den Gedanken des Auslandsdeutschtums viel gründlicher zu durchdenken, als es vielfach geschieht. In den Vereinigten Staaten leben allein 8 Millionen Deutsche, in Oesterreich 6,4 Millionen, in der Tschechoslowakei (Sudetensländer) 3,5, in der Schweiz 2,8, in Elsaß-Lothringen 1,8, in den Polen angehörigen Gebieten 1,4, in Rumänien 1 Million Deutsche,

ferner in Südslawien 665 000, in Ungarn 550 000, je ebensoviel im Wolgagebiet und am Schwarzen Meer, ferner in den südamerikanischen U.S.-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile) zusammen etwa 500 000, in Kanada 400 000, in Luxemburg 275 000, in Südtirol 200 000, in Böhmen 200 000, in Slowenien und Australien je 100 000. Ferner denke man an die Deutschen in Belgien, im Memelland, in Lettland, Nordbaltien. In Mittelafrika leben 50 000 Deutsche, in Sibirien 45 000, in Südafrika 30 000. Ueberall auf dem Erdenrund klingt die deutsche Sprache und wir sollten die Mahnung hören, die uns den Befehl ertönt, diese 30 Millionen, die außerhalb der Reichsgrenzen leben, nicht zu vergessen.

Badisches Landestheater

Neuinszeniert: „Figaros Hochzeit“ von Mozart. Es gibt in der Opernliteratur kein kultivierteres Werk als Mozarts „Figaro“. Der Meister stand selbst auf dem Gipfel dreier Weltkulturen und zudem auf der Höhe der Gesandskultur. Wir haben uns jahrelanglang einreden lassen, die Kunst des Rokoko sei die Grazie des vornehmlichen Schmuckes, in den sich auch das Leben einschmiegt habe, aber neuerdings ist uns klar geworden, daß sich in dieser verbindlichen, gemündenen, alles Klumpen und Rohre verstedenden Formen, die angepaunte Verhalkenheit einer ungeheuren Dämonie offenbart. Mit dieser Frage, dieser Verbindlichkeit, dieser Verhalkenheit, dieser Dämonie steigt während der Revolutionszeit die Rokoko-Aristokratie lächelnd aufs Schaft, wogegen Robespierre vor seiner Hinrichtung lebte und zitterte. Man nennt Mozart, seines kultivierten Lebens und Schaffens wegen, schon seit lauemem den Aristokraten der Musik, aber er müßte nicht der

Der Personalabbau in Baden.

Der Haushaltsausschuß hat gestern mit der Beratung eines Gesetzentwurfes über Einstellung des Personalabbaues und Änderungen der Personalabbauregeln seine Arbeit wieder begonnen. Durch den Gesetzentwurf sollen die Reichsbestimmungen, die für die Beamten wesentliche Verbesserungen enthalten, auf das Land übernommen werden. Zu Beginn gab der Berichterstatter Büchner einen Überblick über das Ergebnis des Personalabbaues in Baden. Danach sind 2411 Beamte abgebaut worden. Davon waren 1200 planmäßige, 854 außerplanmäßige Beamte, 105 Beamte in Vorbereitungsdienst, 77 im Probendienst. Angestellte wurden 1007 abgebaut, sonstige verfassungsmäßig Beschäftigte 60 und Arbeiter 102. Der Personalabbau brachte dem Staat jährlich folgende Ersparnisse:

an Gehältern	6 250 000 M.
an Ausgaben sonstiger persönlicher Art	189 000 M.
an Ausgaben sachlicher Art	236 000 M.
zusammen	6 675 000 M.

Der Abbau verteilt sich auf die einzelnen Beschäftigungsgruppen wie folgt:

Planmäßige Beamte:	außerplanm. Beamte:	Angestellte:
1.	4	1
2.	10	9
3.	75	404
4.	214	218
5.	11	16
6.	35	75
7.	470	81
8.	10	10
9.	17	17
10.	32	32
11.	3	3
12.	—	—
13.	—	—

Einzelgehälter	2	1
B2	—	—
B3	1	—

In den einzelnen Verwaltungszweigen beträgt der Abbau gegenüber dem Stand vom 1. Oktober 1923:

Ministerium des Kultus und Unterrichts	0,8%
Landtag	10,7%
Rechnungshof	13,6%
Justizministerium	15,1%
Staatsministerium	15,4%
Innenministerium	21,9%
Arbeitsministerium	23,2%
Finanzministerium	26,6%

In der allgemeinen Aussprache wurde von demokratischer Seite aus die Frage der wirtschaftlichen Versorgung der abgebauten, verheirateten weiblichen Beamten und die im Gesetzentwurf gegebene Definition der lebenslänglichen Anstellung behandelt. Weiter wurde angefragt, warum in Baden auch noch nach der Einstellung des Personalabbaues im Reich abgebaut worden ist. Der Finanzminister erklärte hierauf, daß man mit dem Abbau nicht hätte haltmachen können, wenn es möglich gewesen sei, eine Stelle einzusparen, da die Finanzlage des badischen Staates dazu gezwungen habe, jede Gelegenheit zum Abbau zu benutzen. Von Regierungsseite wurde weiter mitgeteilt, daß von der Reichsregierung Richtlinien über die wirtschaftliche Versorgung abgebauter, verheirateter, weiblicher Beamten zu erwarten sei, und daß deshalb die Regierung die Reichsregelung noch abwarten wolle. Von sozialdemokratischer Seite wird der Vorlage grundsätzlich zugestimmt und die Frage nach dem Stand der Vorarbeiten für eine neue Beschäftigungsregelung durch das Reich aufgeworfen.

Der Finanzminister bezeichnete hierauf das Experiment einer neuen Beschäftigungsordnung im Augenblick als gewagt, da es fraglich sei, ob eine in der Zeit der Wirtschaftsdpression geschaffene Beschäftigungsordnung die Beamten zufriedenstellen wird. Vorarbeiten hätten stattgefunden, aber ohne gemeinsame Besprechung des Reichsfinanzministeriums mit den Ländern in Berlin. Die neue Beschäftigungsordnung müsse die Frage, ob neue Beschäftigungsordnung oder nicht, zunächst grundsätzlich entscheiden. — Von deutschnationaler Seite wird der Vorlage grundsätzlich zugestimmt.

Das gleiche geschieht von der Deutschen Volkspartei. Von ihrer Seite wurde ferner folgendes ausgeführt: Die abgebauten Beamten würden teilweise unter dem Eindruck der Disziplinerverfahren leiden, da durch Zeitungsveränderungen und andere Ursachen der Eindruck entstanden sei, wer abgebaut worden ist, hat weniger geleistet. Es sei deshalb bei abgebauten Beamten der Wunsch entstanden, durch ein geordnetes Verfahren festzustellen, daß in ihrer Beamtenleistung kein Grund für den Abbau lag. Den Weg hierzu könnte man dadurch schaffen, daß man den Beamten das Recht gebe, ein Disziplinerverfahren gegen sich zu beantragen, das die Gründe ihres Abbaues nachprüfen hätte. Dieser Gedanke wurde vom Zentrum mit der Begründung abgelehnt, man würde dadurch in vergangene Dinge neue Beunruhigung hineinbringen und eine Klassifizierung der abgebauten Beamten schaffen. Der Finanzminister bemerkte, es seien Verallgemeinerungen vorgenommen, aber der Abbau sei keine Disziplinierung. Es seien auch Beamte mit Rücksicht auf ihre gute wirtschaftliche Lage abgebaut worden. Er habe schon früher einmal gesagt, eine kleine Durchkämpfung der Staatsverwaltung habe nichts geschadet. Die volksparteiliche Anregung würde viel Arbeit verursachen, die man sich sparen könne. Die Beantragung eines Disziplinerverfahrens könnte zu einem point d'honneur werden. Man könnte den abgebauten Beamten dadurch helfen, daß man sie an der Beförderung der Beschäftigungsregelung teilnehmen lasse. Die abgebauten Beamten bekämen die neuen Amtsbezeichnungen, wenn sie darum nachsuchen würden. Die Sozialdemokratie und die Demokratische Partei lehnten die volksparteiliche Anregung ebenfalls ab, das zuständige Ministerium könne den abgebauten Beamten eine Bescheinigung über die Gründe ihres Abbaues geben.

Von demokratischer Seite wurde weiter gewünscht, daß auch die Witwen disziplinär entlassener Beamten Kassegeld bekommen sollen und eine Eingabe zur Begleichung Eisenbahnoberinspektoren um nachträgliche Verrückung ihrer Ruhegehaltsbezüge befristet. Diese Eingabe wurde auch von der Deutschen Volkspartei unterstützt. — Von deutschnationaler Seite wurde noch gewünscht, daß die Regierung den abgebauten Beamten ihre Dienstverfassung in einer dem Ernst entsprechenden Form mitteilen soll. Von Regierungsseite wurde daraufhin mitgeteilt, daß Urkunden eingeführt seien. — Da die volksparteiliche Anregung keine Mehrheit im Ausschuß fand, wurde von der Deutschen Volkspartei noch die Bitte geäußert, das Staatsministerium möge den Beamten, wenn diese beantragt wird, eine Begründung ihres Abbaues geben, in einer das Ersuchen des Beamten berücksichtigenden Form.

In der Nachmittags Sitzung wurde in die Einzelberatung eingetreten. Hierbei entspann sich eine längere Debatte über die von der bad. Regierung seit Aufhebung der Personalabbauregeln durch das Reich getroffenen Abbaumaßnahmen. Ein Redner der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß zwischen der Begründung der Abbaumaßnahmen durch den Finanz- und Kultusminister ein Widerspruch insofern bestehe, als ersterer seine gegen früher

veränderte Haltung mit der Notwendigkeit finanzieller Sparmaßnahmen begründe, letzterer aber die Abbaumaßnahmen im Kultusministerium — es handelt sich um den Abbau von zwei Oberregierungsräten, einem Oberrechnungsrat u. einem Ministerialrat — als notwendig aus Gründen der Gerechtigkeit bezeichne. Diese Abbaumaßnahmen bedeuten aber keine Ersparnis, sondern erhöhte finanzielle Belastung des Staates, da die Stellen wieder besetzt würden. Von Regierungsseite wurde geantwortet, daß die Stellen zwar bestehen bleiben würden, aber der Versuch gemacht werden solle, eine Oberrechnungsstelle und eine Oberregierungsratsstelle vorläufig zu besetzen. Auch der Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung hielt die Abbaumaßnahmen im Kultusministerium für unzweckmäßig.

Dann wurde ein Gesuch des Abg. von Au (B.) behandelt, auf Grund der Personalabbauregeln in den Ruhestand versetzt zu werden. Besonders scharf sprachen sich die Sozialdemokraten gegen das Gesuch aus, da der Abg. von Au beabsichtigt, sich pensionieren zu lassen, um eine Bankdirektorstelle anzunehmen zu können. Der Finanzminister sprach sich dagegen aus, daß sich ein Beamter deshalb nicht pensionieren solle, vorzeitig pensionieren lassen wolle. Das Gesuch wurde vom Staatsministerium abgelehnt.

In der Einzelberatung des Gesetzentwurfes wurde eine Anfrage von deutschvolksparteilicher Seite von dem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß die Verlegung eines Dienstverhältnisses in eine zweite Beamtenstelle nach wie vor möglich sei, wenn diese gleich einestufig sei. Einer demokratischen Anregung, wieder die Bestimmung in das Beamtengehalt aufzunehmen, daß ein Beamter nach fünf Jahren planmäßig werde, widersprach Finanzminister Dr. Köhler, da die Durchführung dieser Bestimmung für das Reich bis 1928 hinausgeschoben sei und bei der derzeitigen finanziellen Lage Badens keine Gewähr für die Durchführung dieser Bestimmungen in diesem Zeitpunkt bestehe. Dagegen gab die Regierung die Erklärung ab, daß die Landesbeamten nicht schlechter gestellt werden sollen als die Reichsbeamten, falls dies die wirtschaftliche Lage des Staates gestatte. Die Stellungnahme des Finanzministers wurde von Zentrum und Sozialdemokraten gebilligt. Von demokratischer Seite wurde der Antrag gestellt, daß der Begriff „lebenslänglich angestellter Beamter“ dem des planmäßigen gleichzustellen sei. Die Beratungen des Haushaltsausschusses werden heute Freitag vormittag fortgesetzt.

Verschiedene Meldungen

Dr. Krohne beschäftigt die Zugtelephonie.
Berlin, 21. Jan. Heute nachmittags führte der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dornmüller, dem Reichsverkehrsminister Dr. Krohne und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und der Reichspost die am 7. Januar auf der Strecke Berlin-Dammsburg eingerichtete Zugtelephonie unter Beteiligung der Erfindungsfirma Dr. Erich Guth u. der Betriebs-Gesellschaft Zugtelephonie A.G. im Betriebe vor.

Zur Förderung der Volksgesundheit.
VDZ, Berlin, 21. Jan. Der bevölkerungspolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag weierhin mit der Einzelberatung des Entwurfs eines Gesetzes zur Bämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach längerer Debatte wurden die Bestimmungen des Regierungsentwurfes der Paragraphen 3 und 4 vom Ausschuß angenommen. Dieser Teil des Gesetzes bestimmt unter anderem, daß die Durchführung der aus dem Gesetz erwachenden gesundheitlichen Aufgaben den Gesundheitsbehörden zu übertragen ist, die sich mit der Beratungsfähigkeit für Geschlechtskrankheiten, den Pflegemännern und son-

stigen sozialen Einrichtungen möglichst im Einklang zu halten habe. Die Beamten der Polizei sollen nur insoweit mitwirken, als es die Durchführung der zulässigen Maßnahmen erfordert. Die zuständige Gesundheitsbehörde kann Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheiten weiter verbreiten, anhalten, vertrauensärztliche Zeugnisse vorzulegen. Solche Personen können einem Heilverfahren unterworfen und auch in ein Krankenhaus gebracht werden.

Unregelmäßigkeiten bei der Wannseer Ortskrankenkasse.

Berlin, 22. Jan. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, sind bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Wannsee bei Berlin bei einer überraschenden Revision der Bücher Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, die das Bezirksamt zum Eingreifen veranlassen. Vorläufig ist es noch ungewiß, ob Fahrlässigkeit oder Unterschlagung vorliegt. Da die Sachlage noch nicht völlig geklärt ist, ist von einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorerst Abstand genommen worden.

Zur Angelegenheit James Klein.

Berlin, 21. Jan. Wie die Blätter hören, ist der Direktor der Komischen Oper, James Klein, in Berlin eingetroffen, um mit seinen Gläubigern ein Arrangement zu treffen. Klein hofft, noch im Laufe der nächsten Tage zu einer Verständigung zu kommen, so daß der gegen ihn schwebende Haftbefehl dann aufgehoben werden könnte. Nach seinen Angaben hebt den Passiven das sechs- bis siebenfache an Mitteln gegenüber.

Spritschmuggel an der pommerischen Ostküste.

Stettin, 21. Jan. Der Zollgrenzkommissar in Stettin hat in Swinemünde eine auf organisierte, schon seit längerer Zeit an der pommerischen Ostküste arbeitende Spritschmuggelbande ausgehoben. Der Sprit, der aus dem Stettiner Freihafenbezirk kamme und unter Zollkontrolle zu Schiff in das Ausland ausgeführt werden sollte, ist vom See her heimlich wieder an Land gebracht und mit Lastautos nach Berlin zurückbefördert worden. Beteiligt ist auch der Inhaber einer in Swinemünde ansässigen Firma, der unter dem Druck des Beweismaterials ein Geständnis abgelegt hat. Auch die Abnehmer in Berlin sind geklärt. Ein weiterer Swinemünder Geschäftsmann wurde wegen Verdunkelungsgefahr festgenommen. In hinterzogenen Abgaben sind bisher 281 000 M. festgesetzt worden. Diese Summe dürfte aber nur einen Bruchteil des bisher hinterzogenen Betrages darstellen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Ein Güterzug im Tunnel stecken geblieben.

Grenchen (Kanton Solothurn), 22. Jan. Am Juratunnel Münster-Grenchen wurden infolge Einatmens von Gas und Rauch der Lokomotivführer und ein Bedienungsmann eines Güterzuges ohnmächtig. Der Zug blieb stecken und erlitt eine Stunde Verspätung. Die Erkrankten sind außer Gefahr.

Erdrutsch.

Rom, 22. Jan. In Campetran bei Anquila wurden gestern durch einen Erdrutsch fünf Kinder verdrückt. Eine Frau mit ihren drei Kindern wurde heute früh tot aufgefunden.

Türkische Reformen.

S. Paris, 21. Jan. (Sig. Dienst des A.T.) Nach Meldungen aus Angora wird die Türkei jetzt den europäischen Kalender einführen. Es ist ein Gesetz erlassen, wonach auf den türkischen 31. Dezember des Jahres 1341 der 1. Januar 1926 folgen soll. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Die Türkei zählt außerdem jetzt die Tagesstunden von 0-24. Wahrscheinlich wird die Türkei in ihren Reformbestrebungen noch weiter gehen und nach abendländischem Vorbild den Sonntag zum Wochenfeiertag machen an Stelle des bisherigen Freitags.

große Künstler, Mensch und Lebenskennner gewesen sein, wenn er nicht auch die andern Elemente, die in ihm spülten, erkannt hätte. Nach Wobrich Dürer war der erste deutsche Künstler, der es wagte, sich, ohne den festen Boden eines Amtes unter sich zu fühlen, frei zu machen. Er war vom Papst geädelt, hätte sich wie Glück „Ritter von“ nennen können, hat es nie getan. Wir wissen von seinem Streik mit dem Salzburger Erzbischof Hieronymus her um seine hohe und stolze Auffassung von Menschenwürde. Und wir wissen auch, daß er sich Beaumarchais' Komödie „Figaros Hochzeit“ selbst als Opernstoff gewählt hat, nicht nur der prächtigen Handlung wegen, sondern weil der süßhe, nach persönlicher Freiheit strebende Figaro eine verwandte Seite in ihm anklänge ließ.

Die Partitur der Oper gibt in Zeichnung und Farbe ein Lebensabbild, das an Wahrheit, Echtheit und Reinheit nicht mehr überboten werden kann. Geist und Gefühl sind von gleicher Kraft, von gleicher Elastizität. Dies Werk wird ewig Mutterbeispiele liefern, wie Spiel und Gegenpiel musikalisch dargestellt werden müssen. Es scheint, als ob diese Menschen in ihrer Verfaßtheit und Dämonie nur Ball spielen würden und doch ist jeder Nerv ihres Wesens gespannt, kämpfen sie mit einer bis an den Tod heranreichenden Rivalität um ihr Glück. Das warme, innige Gefühl ist der Antriebsmotor der wünschenden Ziel, der immer wache, scharfe, forschungsbereite Geist der Lenker dahin. So erblüht sich eine Mannigfaltigkeit, eine Mischung, die das Leben in seinem ganzen Reichthum widerspiegelt.

pathetische Ausdrucksart in Deutschland aufgenommen ist und die Dombegung im allgemeinen, so übel beeinflusst hat. Versteht ein Sänger die Luft einzusparen, d. h. sie in sich in Klang zu verwandeln, so hat er auch nach außen jene schöne, heile Haltung, die den Menschen eines so exaltierten Milieus eigen ist und eigen sein muß. Dieser Sänger war in der geistigen Neuentdeckung Franz Schußer. Sein Figaro hatte Schwarm und Kraft, Bewußtsein und männliche Standfestigkeit. Eine Lust ihm zuzusehen, wie er Klang produzierte und ihn in unzähligen Farben erstrahlen ließ. Waite Franz als Grafin kam ihm am nächsten. Sie hatte ausgeglichene Momente, war aber nicht immer gleichmäßig, doch bot sie im ganzen eine sehr respektable Leistung. Viel Lust verbrauchte Elise Planz, namentlich in den Seco-Rezitativen. Die Folge war, daß die Gestalt der Suzanne schmachtig, kammerfächerhaft wurde, nicht aber das zerackte, bestimmte Wesen der Mozartischen Suzanne zeigte. Bei Beaumarchais hat die Grafin Suzanne ausstrahlen lassen, sogar im Gesang. Was ist ihr Fehler. Auch in der Oper nimmt sie durchaus die Stellung einer Vertrauten ein.) Der Graf Rudolf Weyrauch gewann ebenfalls ansonsten, desgleichen der Oberwirth Senta Probst, obwohl sie in der Bewegung sehr zerstückt war. In den Nebenrollen Ton u. Ausdruck matt. Mada Strad charakterisierte die Marzelline recht richtig, gab jedoch die Stimme etwas düll und schwer. Die buffonesken Figuren des Bartolo und Basilio wurden von Christian Lander u. Hans Siegfried ansprechend, wenn auch nicht erschöpfend verkörpert. In den kleinen Partien bewährten sich Emma Seiberlich, Fritz Dandl und Eugen Kalbach.

Das musikalische Gesicht der Aufführung trug die frischen Wesenszüge Ferdinand Waagters. Reichlich akzentuierte Kleinarbeit war überall zu merken, aber über dem Bewußten, das Einzelne deutlich und scharf zu machen, wurden die Konturen des Ganzen etwas verwischt. Das Wichtigste bei Mozart ist die Farbe und die Farbenabstimmung. Keine klare, durchsichtige Intention darf nicht klingen. Sie ist organisch inspiriert, d. h. sie fließt aus Gesangsklang, der

in erster Linie Farbe ist. Mozart zeichnet nicht schwarz-weiß, sondern malt mit feinem Pinsel Farben und Kontraste, aber nicht bunt, sondern eben abgemessen. Was man dann die Tempi anzuehen oder dreier gestalten, so geht doch die innere Fülle und farbige Verbundenheit nicht verloren. Weides festste aber gestern a. B. dem Riede „Nur die ihr Triebe“ und dem Triebnetz. Als zu rasch erlitten das 4. Bettmaß im ersten Finale, wenn übernatürliches Entzinnen aus dem Nebengedächtnis dem Grafen und der Grafin gegenübertritt. Molto andante lautet die Bezeichnung in der Partitur. Das in den Klavierausgaben angegebene Andante con moto ist falsch und sollte endlich einmal abgemerkt werden. Die Situation laut in auch alles. Graf und Grafin sind über das Unanständige einfach hart, die vordringende Suzanne drückt die beiden langsam und schrittweise in den Raum zurück. Molto Andante, Pianissimo, es gibt nichts anderes, um diese mit Elektrizität unheimlich geladene Szene anschaulich zu machen. Dann kommt auch durch die abwärtsgehenden Tonfortgänge bei der Frage „Nur möglich?“ die fadenämmerliche Stimmung des Grafen erst prägnant zum Ausdruck. Im übrigen konnte man sich an vielen praktisch wirkenden Stellen erfreuen, wie es denn überhaupt ein Labal war, diese köstliche Musik wieder einmal zu hören.

Die Reuinnäherung verriet die meisterliche Hand von Dito Krauß, der auch hier wieder mit geschickten Ueberrückungen aufwartete. Einen Gewinn für sich bereiteten die herrlichen Nischenhörer Emil Burfards und die Kostüme Marg. Schellenbergs, die allgemeinen Entwürfe erregten. Der Beifall war hart und warm, der Wunsch gut. A. R.

ordentlich heffschürfendes Bild deutschen Geisteslebens, stark durchtränkt von seinen bekannten pädagogischen und internationalen Ideen.

Hochschulnachrichten. Als Nachfolger für Geheimrat Professor Dr. Bartholomae hat Professor Dr. Hermann Günther in Potsdam den ihm ergangenen Ruf nach Heidelberg angenommen. Günther gehörte schon einmal der Heidelberger Universität an. Er wurde 1918 zum außerordentlichen Professor ernannt und folgte im Jahre 1921 einem Rufe als planmäßiger außerordentlicher Professor für indogermanische Sprachwissenschaft nach Rostock.

Theater und Musik

In einer öffentlichen Protestversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengangehöriger (Ortsgruppe Weimar) gegen den drohenden Beschluß des Thüringer Landtags, den dem deutschen Nationaltheater in Weimar bisher gewährten, gesehlich festgelegten Zuschuß um rund 140 000 M. zu kürzen, sprachen gewichtige Worte u. a. der Präsident der deutschen Bühnengangschaft, Riccetti, sowie Weimarer Vertreter des Schillerbundes, der Goethe-Gesellschaft, der freien Bühnen in Weimar, Jena und Apolda, der Weimar-Gesellschaft sowie der Oberbürgermeister der Stadt, die sämtlich die volle Schwere des Falles nach allen Seiten erläuterten. Eine von den überaus zahlreich erschienenen Einwohnern, unter denen die vornehmsten Ritter des Geistes der Stadt zu sehen waren, einstimmig angenommene, gebarnigte Resolution wird hoffentlich die erwünschte Wirkung haben. D. F.

Gründung der „Deutschen Musikstudentenschaft.“ Die Studentenschaften der deutschen staatlichen Hochschulen für Musik haben sich zu einem Hochschulverband (Deutsche Musikstudentenschaft) zusammengeschlossen, der in Berlin gegründet worden ist. Zum Vorsitzenden wurde stud. mus. Arno Schellenberg, Berlin, gewählt.

Leo Blech von der Staatsoper zu Berlin wird seine Tätigkeit am 1. April aufnehmen.

Kunst und Wissenschaft

Thomas Mann hielt im Carnegie-Institut in Paris einen deutschen Vortrag über die Annäherung der Intellektuellen Deutschlands und Frankreichs. Unter den Zuhörern befanden sich mehrere Mitglieder der französischen Akademie und hervorragende Vertreter der Pariser Gelehrtenwelt. Thomas Mann entwarf ein außer-



WINTERSPORT UND REISE



BEILAGE ZUM KARLSRUHER TAGBLATT VOM 22. JANUAR 1926.

Natur- oder Spritzeisbahnen?

Keinem Zweifel unterliegt, daß seit einem Zeitraum von ungefähr zwei Jahrzehnten unter dem unmittelbaren Einfluß des Aufschwunges des Skilaufes — die Kriegerzeit sei hier füglich außer Betracht — die Pflege des Eislaufes in deutschen Landen sehr zu Unrecht vernachlässigt worden ist. Ebenso zweifelhaft aber ist, daß ein einziger dem Schneeeisport so gänzlich unhold der Winter, wie der letzte, genügt hat, um den Eislauf aus der Rolle des Mauerblümchens zu erlösen und wieder mächtig in den Vordergrund zu rücken. Sind zwar die tiefen Pläße und Städte durch die Ungunst des Winters kaum davon berührt worden, so gilt dies aber doch mehr oder minder von den Winterplätzen, die, vor allem wieder in Süddeutschland über 800 Meter Meereshöhe liegen, und unter ihnen wieder ganz ausnehmend für den Schwarzwald, der in dem allgemein mäßigen Sportwinter eisportlich geradezu eine Sonderstellung durch ein fast ununterbrochenes Frostwetter von Mitte Dezember bis in den Februar hinein zu verzeichnen hatte. Es steht in den Annalen des Wintersports des Jahres 1924/25 einzig da, daß Pläße wie Triberg und Titisee, die als die Hauptvertreter des Eisports im Schwarzwald gelten können, zu den Sportplätzen in allen deutschen und alpinen Gebieten gehörten, die mit die größte Zahl von Eislaufplätzen aufzuweisen hatten, Triberg durch die absolut sonnen- und windgeschützte Lage seines Berges noch im einzelnen vorzuziehen. Die Verlegung der Europameisterschaft im Eislauf nach Triberg war das bereits Zeugnis dafür.

Notwendig ist vor allem die Pflege einer guten Eisbahn. Man wird sich vor die Entscheidung gestellt sehen, entweder, wo es geht, durch eine bald und wohl schon bei mäßigem Frost herzustellende Spritzeisbahn, die Möglichkeit der Sportausübung zu schaffen, oder aber, auf diesen Weg verzichtend, die sorgfältige Pflege einer Natureisbahn ins Auge zu fassen. Das sportlich interessierte Feld wird sich alsbald in zwei Lager spalten: die Spritzeis- und die Natureis-

Da jedes Ding zwei Seiten hat, wird man je nach den örtlichen Verhältnissen beiden Auffassungen Rechnung tragen können. Sicherlich wird in Lagen, die nicht mit starkem oder genügend langsamem Frost zu rechnen haben, die zeitlich schnell schaffbare Spritzeisbahn nicht von der Hand zu weisen sein, z. B. in Gegenden Westdeutschlands längs des Rheins, wo kräftige Frostperioden zur Bildung einer Natureisbahn immerhin zu den Seltenheiten gehören. Anders aber in den Gegenden und Lagen, vor allem im Gebirge, wo normal ein regelrechter Frostwinter anzunehmen ist. Hier wird man es sich sehr zu überlegen haben, ob man zu der immerhin nicht billigen Spritzeisbahn sich bekennen oder ob man der Natur die Bildung einer genügend starken Eisdecke überlassen will. Im Gebirge hat man eben durch die Höhenlage den Vorteil der Zeitaufgabe, die in den Ebenen, wo jeder Wetterumschlag sich durchgreifender bemerkbar macht, nicht möglich erscheint.

Die Spritzeisbahn hat neben den Vorzügen der schnellen Schaffung den gewaltigen Nachteil, daß sie, ebenso schnell wie sie entsteht, bei Eintritt von Tauwetter buchstäblich zu Wasser wird und samt dem aufgewendeten Gelde fortgeschwimmt. Hinzu kommt als weiterer Nachteil, daß auch für die Spritzeisbahn eine gewisse Mindesthöhe immerhin wünschenswert ist, um genügend Eisstärke zu bieten. Ein Manko ist auch, daß der fest auf dem Untergrund aufliegenden Spritzeisdecke die Elastizität des Natureises, das auf dem Teiche schwimmt, abgeht und daß es

auch den Härtegrad des als Schwimmeis entstehenden Kerneis auf einer Naturbahn nicht erreicht.

Eine Gruppe für sich bilden die großen Kunsteisbahnen, die mit den Spritzeisbahnen, die sich mit Vorliebe der Unterlage sommerlicher Tennisplätze oder dergleichen bedienen, nicht zu verwechseln sind und immer nur als Einzelergebnisse auf wenige ganz große Städte beschränkt bleiben werden.

Dem Natureis wohnt ein ungemein großer Vorzug vor den Spritzeisbahnen inne, der auch ein Zuwarten über einige Tage bis zur Bildung einer genügend starken Decke weitmacht, das ist seine ungemeine Festigkeit, der es die Bezeichnung Kerneis verleiht. Dieses Kerneis, das nur Naturbahnen aufweisen, widersteht, wie schon angeeutet, selbst arbeitsreichen Wetterschwüngen mit einer beneidenswerten Elastizität und erlaubt selbst bei mehreren Grad Luftwärme noch die Ausübung des Eislaufes, wogegen die Spritzeisbahn sich mit dem Tauwind verflüchtigt. Darum werden genügend hoch gelegene Gebirgspläße sich kaum dazu verstehen, sich einer Spritzeisbahn, die vielfach, in der Schweiz besonders, von den einzelnen großen Hotels für die eigenen Gäste beliebt werden, allein anzuvertrauen und der nicht so wankelmütigen Natureisbahn unbedingt den Vorzug geben. Dem gewaltigen Unterschied zwischen beiden Bahnarten folgend, verfügen auch die bekannten Schweizer Pläße durchweg über Natureisbahnen, weil in ihnen der allein sichere Bestand der sportlichen Vorbedingung gegeben erscheint. Und die gleichen Erwägungen gelten auch für die höher liegenden Pläße des Schwarzwaldes und Bayerns z. B., wo Orte wie Triberg sich ihrer Natureisbahn mit Kerneis, ebenso Titisee, sehr freuen und sie unbedingt vorziehen. Sie sind in der glücklichen Lage, sich dem Experiment mit der Spritzeisbahn nicht aussetzen zu brauchen und können für den eislaufstüchtigen Städter, wenn seine Spritzeisbahn längt im Stich gelassen hat, noch auf Wochen hinaus eine gute Kerneisbahn anbieten.

Wenn nach gutem Eislaufwinter in den gebirgigen Lagen nun aus den Städten der Ruf kommt, die deutschen Winterortplätze sollen durch Schaffung von Spritzeisbahnen den deutschen Eisläufern das Ausweichen auf Schweizer Pläße vermeiden helfen, so wird aus den Gebirgen das Echo zurückklingen: Sie scheinen nicht zu wissen, daß der Schwarzwald in seinen schon erwähnten Plätzen Triberg und Titisee vorzügliche, mit modernen Mitteln gepflegte Natureisbahnen längst haben und daß auf ihnen sportliches Leben kräftig blüht. Es bedarf keiner Neuankünfte, es ist vorhanden, was dem Städter gesicherte Ausübung seines Eislaufes bietet, man braucht nur zu kommen und zu sehen, statt gewissermaßen den deutschen Winterortplätzen eine Art Rücksichtslosigkeit auf diesem Gebiete auszuweisen. Außer im Schwarzwald ist auch in Bayern eine gute Eislaufgelegenheit, und wenn heute in den Städten die Möglichkeiten für den Eislauf nicht mehr so sind wie sie vor zwanzig Jahren waren, so sind neben anderen Ursachen letzten Endes die Städte selbst schuld, denn gerade in den Städten ist der Eislauf das Objekt der Vernachlässigung geworden. Und das deutliche Zeichen dafür würde eine Schulfrage über den Besitz von Schlittschuhen, wie sie in einzelnen Orten schon erfolgt ist, beibringen. Das Ergebnis wäre höchst wahrscheinlich übereinstimmend mit den Einzelfällen fällig. Darum, vor allen Dingen, zunächst der Jugend Schlittschuhe gegeben, als Preise bei allen möglichen Gelegenheiten, Schlittschuhe unter die Kinder gebracht, denn vornehmlich nötig ist nicht der Bau von Spritzeisbahnen, sondern die Ausbreitung unserer Kinder mit dem eisportlichen Nutzen, das über den Kriegsjahren unbrauchbar geworden ist.

Vorzügliche Wintersportverhältnisse

Die Witterung hat seit 12 Stunden wieder umgeschlagen. Es ist erneut starker Frost eingetreten. In der Ebene ist die noch 5-8 Zentimeter hohe Schneedecke festgefroren, auch in den Schwarzwaldtälern nächst der Albenebene liegt noch bis zu 12 Zentimeter Altschnee. Im mittleren und höheren Schwarzwald bestehen hervorragend günstige Sportverhältnisse. Sämtliche Bergstationen melden klaren Himmel, minus 8 bis 13 Grad Morgentemperatur bei reiner, weiter Sicht, meist bis zu den Alpen. Der Schnee ist teils grauig bis leicht gefroren, vielfach noch pulvrig, namentlich in den Waldungen.

Vom Nordschwarzwald meldet Döbel, Wildbad, Herrenalb 15-30 Zentimeter Schneehöhe bei minus 9 Grad und sehr gute Sportbahnen. Die Bühlerhöhe, sowie Sand, Plättig, Herrensiedl melden 30-40 Zent., die Hundsed 40-60 Zentimeter Schneehöhe und ausgezeichnete Eisbahnen bis Oberal und Raunmünzach. Die Rammhöhen nach der Hornisgrinde und dem Mummelsee verzeichnen 70 Zentimeter, der Ruhestein 50-70 Zentimeter Graupelschnee bei minus 8 Grad und sonnenklarem Wetter. Allerhöchsten meldet minus 8 Grad und 40 Zentim. Schneelage. Die Eisbahn ist vorzüglich bis Ottenhöfen und Oppenau. Kraftposten können auf gut gebahnten Straßen bis zur 700- und 800-Meter-Höhenlage verkehren. Aniebia und Buslucht melden 60 Zentimeter Schneehöhe und sehr gute Eisbahn bis Freudenstadt, das 30 Zentimeter Schnee aufweist.

Der mittlere und südliche Schwarzwald meldet noch größere Schneehöhen, so Schönwald 90 Zentimeter, Furtwangen 80 Zentimeter, Triberg 50 Zentimeter, St. Georgen 40 Zentimeter, Feldberghof 135 Zentimeter, Döbelhof 130 Zentimeter, Feldbergalmhöhen 130-140 Zentimeter, Herjogenschorn 140 Zentim., Welchen 125 Zentimeter, Rottförei 70 Zentimeter, Halde-Schauinsland 80 Zentimeter, St. Blasien und Todmooos 110 Zentimeter, Titisee 50 Zentimeter, Titisee 50 Zentimeter und St. Märgen 80 Zentimeter Schneehöhe, durchweg pulvrigere Neuschnee und vorzügliche Eisbahn bis zu den Tal- und Bahnhaltungen. Die Hochlagen hatten in der Frühe 12-13 Grad Kälte.

Allgemeine Mitteilungen.

Große Skiwettläufe des Ganes Hornisgrinde. Im Mittelpunkt der wintertypischen Veranstaltungen im Schwarzwald stehen die großen Schneeschuh-Wettläufe des Ganes Hornisgrinde im Skiclub Schwarzwald, die am 23. und 24. Januar bei Rurhaus Hundsed zum Austrag gelangen. Die Wettläufe beginnen am Samstag nachmittag 1/2 Uhr mit dem großen Langlauf über 16 Kilometer für Alters-, 1. und 2. Klasse, dann folgen der kleine Langlauf über 8 Kilometer und der Damenlauf. Sonntag vormittag 8 Uhr wird zum Sprunglauf der 3. Klasse, dann zum Geländelauf und um 11 Uhr zum großen Sprunglauf an der Bettelmanns-Schanze gestartet.

Süddeutsche Gaumeisterschaft im Hünserbob in Triberg. Die dem Bobklub Tannus in Frankfurt a. M. übertragene Süddeutsche Gaumeisterschaft im Hünserbob, die am 17. Januar nicht ausgeschrieben werden konnte, soll nun auf der Bobbahn Triberg am 2. Februar ausgetragen werden. Das Rennen wird unmittelbar an den Abschluß der Bobrennen der Winterkampfspiele in Triberg (31. Januar und 1. Februar) angeschlossen, um den anwesenden Fahrern die Teilnahme zu ermöglichen und um bei einem späteren Termin die Kollision mit der Deutschen

Hünserbobmeisterschaft am 7. Februar in Rurhaus zu vermeiden. Die Teilnehmer an den Kampfspiele können sich also noch um die erwähnte Gaumeisterschaft in Triberg bewerben und alsdann mit genügender Zeitpanne sich nach Rurhaus begeben.

Der Große Dauerlauf des Ski-Club Schwarzwald verschoben. Unter der Rückwirkung der ungünstigen Wintersportwachen vor Weihnachten bis Mitte Januar tritt nun die Terminnot allmählich scharf in Erscheinung, die allerlei Verlegungen nötig macht. Davon wird neuerdings der Große Dauerlauf des Ski-Club Schwarzwald über 30 Kilometer betroffen, der erst nach zweimaliger Verschiebung am 23. Januar mit Start in Furtwangen, Ziel in Schönwald stattfinden sollte. Es hat sich nun dadurch eine Kollision mit den wichtigsten Gauwettläufen ergeben, die bisher wegen der Schneeverhältnisse auch nicht abgehalten werden konnten. Da durch eine solche Kollision für viele Läufer, die zu den Gauwettläufen als Aufstiegsstationen nennen müssen, die Teilnahme am Großen Dauerlauf unmöglich gewesen wäre, ist der Große Dauerlauf weiter verschoben worden und wird von den Gauwettläufen am 24. Januar in Schönwald abgezwängt. Es wird für einen neuen Termin erst Ende Februar in Frage kommen, weil am 7. Februar die Feldbergläufe, am 14. Februar die Deutsche Skimeisterschaft in Garmisch und am 21. Februar die Staffelmehrschaft im Nordschwarzwald stattfinden. Es könnte demnach für den Großen Dauerlauf mit dem 28. Februar, dem letzten Februarsonntag gerechnet werden. Die Gauwettläufe in Schönwald am 24. Januar werden von der Verschiebung nicht betroffen und finden unabhängig vom Großen Dauerlauf, der ein Verbindungsstück ist, statt.

Erster Verbands-Jugend-Ski-Tag. Am 31. Januar findet bei Herrensiedl-Bühlerhöhe der erste Verbands-Jugend-Ski-Tag des Skiclub Schwarzwald für den nördlichen Schwarzwald einschließlich Engau und Mannheim statt. Die Vorbereitung hat der Gau Hornisgrinde. Das Programm steht nach einem Schülerschießdienst in der Kirche zu Herrensiedl, Mährt- und Rundläufe, Sprungläufe, allgemeinen Volkslauf für Jugendliche sowie Schausprünge an der Vorfeldschanze bei Bühlerhöhe vor.

Literatur.

J. Altmann, Der Schneeschuhlauf. Mit 28 Abbildungen im Text. (Webermanns Sportbücherei, Band 7.) 107 Seiten 8°. Kartennet 2 M. Verlag Georg Weitemann, Braunschweig und Hamburg.

Dieses handliche, reich illustrierte Bändchen schließt sich den bisher erschienenen Bänden von Webermanns Sportbücherei würdig an. Es gibt in klarer, anschaulicher Darstellung Wink für die Ausrüstung, für die Wahl der Bindung und für die Behandlung der Schneeschuhe; spricht von den Schneeverhältnissen und macht auf die Gefahren des Hochgebirges aufmerksam, lehrt den Anfänger, sich ohne unnötigen Kraftaufwand auf den Skiern zu bewegen.

Am wichtigsten sind natürlich die Kapitel „Technik des Schneeschuhlaufs“ u. „Der Sprunglauf“. Ueber das Stürzen, das Laufen in der Ebene, über das Drehen und Wenden, die verschiedenen Arten des Anstiegs, über Stemm- und Stemmhaken, über die Schwünge, Quersprung und Drehsprung ist viel Bedeutsames gesagt. Die Anleitung zum Bau der Sprungschlingen und die Uebersicht über die Technik des Sprunglaufs dürften auch für den erfahrenen Skisportler von ebenem Interesse sein, wie das Kapitel über „Schneelauf und Alpinismus“.

Die Literatur und die Erfahrungen der Praxis sind bis auf die jüngste Gegenwart berücksichtigt.

Führer mit Stadtplan
Prospekte, Auskünfte, Fremdenführung, Reisegepäckversicherung, Seepassagen nach Südamerika durch

Verkehrsverein Karlsruhe
Auskunftsstelle: Bahnhofplatz 6. Tel. 1420

Schonach Schwarzwald Hotel u. Pension LAMM
Winterortplatz I. Rang
Bestellnähres I. Saal am Pläße. Schöne heizbare Zimmer. Einkehrort vorzügliche Küche. Keine Weine, in Fürstenerberger Eltern. Elektrisches Licht. Bad im Saal. Große Veranda. Angenehmer Aufenthalt für Courtinen, Rollende und Winterportler. Mähle Prellie, Iselezimmer. Telephone 106 Triberg. Best: Greiner-Wolf

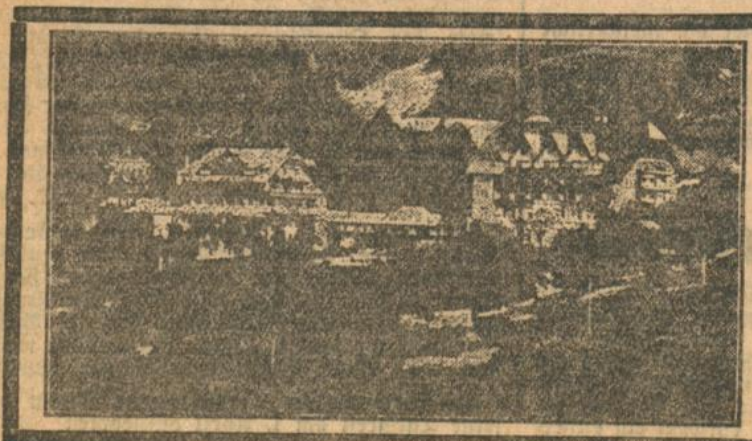
Reisebüro Karlsruhe A.-G.
(Kaiserstr. 158 gegenüber der Hauptpost.)
Eisenbahn- und Schiffsfahrkarten zu Originalpreisen, Schlafwagenkarten, Einnahmestellen, kostenlose Auskunft über alle Reisen, Reisegepäck, Reisehandbücher, Gepäckversicherung, Wechselstube.

Kurhaus Wiedenfels
700 m ü. M. Bahnstation Bahl und Oberal. Pollaufverbindung.
Pensionspreis bei freier Verpflegung 4,50-6 Mark, je nach Zimmer. Für D.S.V.-Skiläufer Wochenpreis bei einfacher bürgerl. Verpflegung zu 4 Mark

Gasthaus beim ADLER Schönwald
Bahnstation Triberg. 1000 m ü. M. Pensionspreis bei anerkannt guter Verpflegung 4,50-6 RM. je nach Zimmer. Für D.S.V.-Skiläufer Wochenpreis bei einfacher bürgerl. Verpflegung zu 4 Mark

Konditorei und Café KARL KAISER A. NEU vormals
Telephon 1288 bei der Hauptpost feines Bestellgeschäft

Colosseum einziges und größtes
Varieté-Theater in Karlsruhe
Vorstellung täglich abends 8 Uhr. Sonntags ab 4 Uhr nachmittags
Telephon 5599



Kuranstalt Glotterbad/Oberglottertal
(südl. bad. Schwarzwald). Fernruf: Waldkirch Nr. 11 und 15

SCHÖNSTER SOMMER-AUFENTHALT

1. Sanatorium: Physikalisch-diätet. Kurmittel. — Herrliche Luft- und Sonnenbäder. Aerzte: Dr. Hoffner, Geh. Hofrat Dr. Noack, früher Dr. Lahmanns Sanatorium.

2. Kurhaus: Für Gäste, die sich keiner ärztlichen Behandlung unterziehen. Prospekte durch die Direktion.

Singener Brief.

m. Singen, 19. Jan. Das Basaltwerk am Hohenstollern „erfreut“ sich zurzeit wieder eines stillen Geschäftsganges, allein aus der Driftschiff-Weiterarbeiten arbeiten jetzt über 50 Landwirtsöhne dort. Mächtiger denn je dröhnen in letzter Zeit die Sprengschüsse in die weite Landschaft hinein. Alle Klagen, Proteste und Beschwerden zur Erhaltung des schönsten und zweigipfligen Gegauberges haben bis jetzt gar keinen Wert gehabt. Die Fortführung des Berges geht unaufhaltsam weiter. Merkwürdig. Überall im Gegauberg sieht man jetzt die Sandstrahlenwälder vor Beginn des Frühjahres Basaltföcher aus diesem Bruch einlegen. Den Beobachter mutet dies sonderbar an, da doch vor einiger Zeit eine Notiz verbreitet wurde, daß die badischen und württembergischen Regierungen ein Verbot erlassen hätten, das die Verwendung von Basaltföcher aus dem Hohenstollern für staatliche Zwecke verbietet.

Der Ankauf eines Stückes württembergischer Erde durch die Stadt Singen war Gegenstand einer Tagung des Bürgerausschusses. Als im Jahre 1810 Singen von Württemberg an Baden abgetreten werden mußte, befiel sich Württemberg außer dem Hohentwiel weidlich, noch östlich größere Waldungen mit dem Brudershof zurück. Diese Waldungen grenzen jetzt infolge der rapiden Entwicklung der Stadt Singen bereits zum Teil in die Stadt hinein. Die Stadt hat nun ein Interesse daran, diese Waldungen nachemander zu erwerben. Im Mai 1923 hat die Stadt Singen vom württembergischen Fiskus ein Gelände am Posthalterwäldle in der Größe von 1077 Dm. erworben. Das Gelände wurde dem Bauverein der deutschen Wehrleute, die früher in der Schweiz waren und nach dem Kriege die Einreisebewilligung nach der Schweiz nicht mehr erhielten, zur Verfügung gestellt, damit sie sich in Singen eine neue Heimat gründen konnten. In dem Kaufvertrag war die Bedingung enthalten, daß, falls das Gelände bis zum 31. Dez. 1927 nicht bebaut sein wird, es wieder an den württembergischen Fiskus zurückfällt. Der Bauverein war nicht in der Lage, den Vertrag einzufüllen. Es wurde daher mit der württembergischen Regierung eine Einigung erzielt, daß die Stadt Singen das Gelände nochmals erwirbt gegen neuerliche Bezahlung von 3.50 Goldmark per Dm., daß aber Württemberg erst dann wieder ein Nießbrauchsrecht geltend machen könne, wenn bis zum 31. Dezember 1926 das Areal für Wohnzwecke nicht verwendet sein soll. Der Rat und Bürgerausschuß der Stadt Singen konnte sich bei Beratung dieser Frage aber nicht einigen und vertagte den Gegenstand um 2 Monate.

Eine beachtenswerte Wirtschaftszugabe hat die bekannte Firma Maggi G. m. b. H. ihren Angestellten und Arbeitern zukommen lassen. Die Firma zeigte von jeher in sozialen Dingen ein Verständnis und eine Großherzigkeit, die sehr wohlwollend wirkt und als vorbildlich bezeichnet werden muß. Auch die Kinder der Werkangehörigen bis zum 14. Lebensjahre erhielten praktische Kleidungsstücke. Schon im Laufe des Jahres 1925 wurden allen Sparbuchinhabern der eigenen Werksparkasse die Guthabens einflüsse um 40 Prozent aufgewertet. Solche Beihilfen wirken sicherlich auf den Leistungswillen der Arbeitnehmer vorteilhaft ein, besonders in Zeiten, wo Sorgen und Nöte an der Tagesordnung sind.

Aus Baden

dz. Durlach, 22. Jan. Der Bezirksrat hat zur Genehmigung des Pflanzkraftwerkes verschiedene Bedingungen gestellt, gegen die seitens des Stadtrates Einspruch erhoben wurde. Neben dem Projekt der Pflanzkraftwerke (Wagen von Gas- und Wasserkraft), sowie Kanalisation, außerdem Herstellung von Straßen an baulichem Gelände) als größere Notstandsarbeiten in Aussicht genommen.

d. Söllingen, 22. Jan. Schon vor dem Kriege befahte sich die hiesige Ortsleitung mit dem Plan, die Pflanzkraftwerke unterhalb Söllingen zu reorganisieren. Der Ausbruch des Krieges verzögerte jedoch dieses Projekt. Nun soll auf Drängen des Kulturbundes dieser Plan verwirklicht werden. Zu diesem Zweck begab sich eine Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorstand Söllingen, einem Vertreter des Kulturbundes und Landrat Schäble, an die Pflanzkraftwerke an Ort und Stelle zu überprüften. In Frage kommt ungefähr ein Kilometer des Pflanzkraftwerkes unterhalb des Dorfes. Angleich soll ein Stieg, der auf die Bahnunterführung unterhalb der Station Söllingen führt, errichtet werden. Nach der Besichtigung besprach die Kommission die finanzielle Unterstützung durch den Staat. Der Staat ist bereit, Baukosten, sowie Pläne und sachverständige Ausführung der Vorarbeiten unentgeltlich zu stellen, desgleichen will er als Zuschuß pro Mann das eineinhalbfache der Arbeitslohnunterstützung pro Tag zahlen. Den Rest der Arbeitslöhne muß die Gemeinde aufbringen. Auch hier kommt für der Staat entgegen, indem er ein Darlehen zu 5 Prozent gewähren will. In Anbetracht der zahlreichen Arbeitslosen, die auch unser Ort zu verzeichnen hat, soll mit der Ausführung des Plans gleich nach Zustimmung der zuständigen Behörde, die diese kaum verweigern dürfte, begonnen werden. — Anschließend an diese Sitzung hielt Feuerlöschinspektor Du II aus Durlach den Gemeindeverordneten einen Vortrag über die Notwendigkeit der Gründung einer freiwilligen Feuerwehrgesellschaft. Er legte in klaren Worten den Nachteil der Ortswehr und den Vorteil der Freiwilligen Feuerwehrgesellschaft dar. Nächstes Frühjahr soll eine Versammlung zur Gründung der Wehr einberufen werden.

1. Not, 22. Jan. Dieser Tage begibt hier eine Frau den 21. Geburtstag. Sie ist die älteste Person in der Gemeinde.

1. Brühl, 22. Jan. Das Fest der silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Fabrikarbeiter H. Wolf und Frau Anna geb. Kohnen und das Ehepaar H. Cappel, Kohlenhändler und Frau Jos. geb. Weibel.

— Kappelrodek, 22. Jan. Vom 12.—14. Januar hielt das Weinbauinstitut auf Verlangen der Gemeinde hier einen Weinbau- und Kellerwirtschaftskurs ab, der von Winzern Kappelrodecks und der benachbarten Gemeinden mit 122 Teilnehmern besucht war. In den Vorträgen wurde die Behandlung fehlerhafter Weine praktisch an mitgebrachten Proben erläutert.

k. Rehl, 22. Jan. Das Schiff „Antares“, Anhänger des Dampfers „Strakburg“, ist unterhalb der Strakburger Hafenmündung auf eine Rieselbank aufgelaufen und hat sich quer zur Stromrichtung gestellt, so daß bis auf weiteres die Schifffahrt zwischen Strakburg und Rehl unterbrochen ist. — Eine englische Flotte von 5 Aufklärungsschiffen ist in Strakburg angekommen und vor dem Fünftehnerwärdi vor Anker gegangen. Sie wird 10 Tage in Strakburg bleiben und dann auf dem Rhein-Marnekanal Paris zu erreichen suchen.

1. Gaggenau, 22. Jan. Gestern nachmittag wurde Werkmeister Emil Nisinger zu Grabe getragen. N. hatte sich vor 2 Jahren durch Sturz mit dem Fahrrad die Wirbelsäule verletzt, wodurch wahrscheinlich das schwere Leiden entstand. Mit ihm verliert die Stadt einen fleißigen und strebsamen Bürger, der einer alten Handwerkerfamilie entstammte. Wegen seines Geschicks und seiner Tüchtigkeit wurde er von den Benutzern in verhältnismäßig jungen Jahren zum Werkmeister befördert.

dz. Neustadt, 22. Januar. Hier wurde der Sebastianus-Markt, den der Graf zu Fürstberg um das Jahr 1386 eingerichtet hat, abgehalten. Der Markt war infolge der ungünstigen Witterung von Verkäufern schlecht besucht.

hd. Freiburg, 22. Jan. In der Zeit vom 18.—20. Januar fand im Weinbauinstitut ein von 120 Winzern aus allen Landesstellen besuchter Kurs über Rebschädlinge und ihre neuzeitliche Bekämpfung statt. Der Kurs schloß mit einer Kostprobe von 23 Sorten Hybridweinen. Die vor geschiedenen Seiten am Schluß beider Kurse gehaltenen Vorträge haben gezeigt, wie dankbar die Winzer solche Belehrungen aufnehmen.

hd. Singen a. S., 22. Jan. Die Beschränkung der diesjährigen Fasnachtsveranstaltungen wird zur Folge haben, daß ein großer Teil der Grenzbevölkerung ihre Vergnügungen in der Schweiz suchen wird. Dazu bietet die Besetzung des Bismarck noch einen besonderen Anreiz.

dz. Vörsach, 22. Januar. Hier versuchte eine Dame, die im letzten Augenblick vor Abgang des Zuges zum Bahnhof gekommen war, den bereits anfahren den Zug nach Basel zu erreichen. Sie benutzte nicht den vorgeschriebenen Weg durch den Tunnel, sondern ging über die Weisse und wollte auf den fahrenden Zug aufspringen. Sie glitt dabei aus, klammerte sich jedoch an den letzten Wagen fest und ließ sich dann an einer hindernden Stelle vor dem Bahnhof zu Boden fallen. Sie kam ohne Verletzungen davon, jedoch wurden ihr die Kleider zerrissen.

dz. Waldshut, 22. Januar. Der gemischtbesetzende Ausschuss hat gestern einen Darlehenvertrag beraten, der die Aufnahme eines Teilbetrages des vom Bürgerausschuß am 18. Mai v. J. beschlossenen Darlehens in Höhe von 500 000 M. vorsieht. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, 300 000 M. zu 8 Prozent Zinsen aufzunehmen. — Hier starb unerwartet im Alter von 83 Jahren der Reichsrat Herr Ferd. König, ein Altweiber von 1866 und 1870/71. Die freiwillige Feuerwehrgesellschaft in ihm eines ihrer ältesten Ehrenmitglieder.

hd. Konstanz, 22. Jan. Das Staatsministerium hat auf den Vorschlag des Justizministers be-

schlossen, den Landwirt Erich Mayer aus Königsberg, der wegen der am 22. März 1925 auf dem Buchhof verübten Ermordung des Landwirts Johannes Schäfer vom Schwurgericht Konstanz am 21. Juli 1925 zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus zu begnadigen.

Aus der Pfalz.

— Etenkofen, 22. Januar. Hier hat die im Herbst neu gegründete Winzergenossenschaft in dem inmitten der Stadt gelegenen „Kaffee-Roth“ einen Ausschuss ihrer naturreinen gehaltenen Weine eröffnet. Die durch ein Konzert eingeleitete Eröffnung brachte einen solchen Zustrom von Gästen aus allen Kreisen der Bevölkerung, daß die geräumigen Lokalitäten die Besucher bei weitem nicht fassen konnten, so daß viele umkehren und ihren Besuch auf später verschieben mußten.

Personalveränderungen im Reichsheer.

Mit dem 31. Januar 1926 scheiden aus dem Dienst aus: der Oberst von Bangerow im 5. Art.-Regt.; der Oberstleutnant Feld im 5. Art.-Regt. Mit dem 1. Februar 1926 wird ernannt: der Oberstleutnant Feldmann im 18. Inf.-Regt., zum Kommandanten von Mandelburg. Mit dem 1. Februar 1926 werden veretzt: die Oberstleutnants: Schesler im 2. Art.-Regt.; in das 5. Art.-Regt.; Banke bei der Kommandantur von Breslau, in das 5. Art.-Regt.; die Majore: von Röhler im 6. Art.-Regt., zur Kommandantur von Münster; Bader im 5. Art.-Regt., zum Stab der 3. Kav.-Division; von Leitner im Stab der 5. Division, in das 13. Inf.-Regt.; Steinhilber im 5. Art.-Regt., zur Kommandantur von Breslau; die Hauptleute: Kuland im 15. Inf.-Regt., in das 5. Art.-Regt.; Seifert im 17. Inf.-Regt., in den Stab der 5. Division; die Oberstleutnants: Flumentritt im 15. Inf.-Regt., in den Stab der 6. Division; Stiller im 4. Pionier-Batt., in das 6. Pionier-Batt. Mit dem 31. Januar 1926 scheiden aus dem Dienst aus: die Hauptleute: Bub im 14. Inf.-Regt.; Steiert im 5. Art.-Regt.

Bunte Chronik

Der erzwungene Dauerlauf des Diden. Das Gebäude der Staatsbank in Stocholm besitzt eine Drehleiter, die sich automatisch einmal um sich selbst dreht, sobald man einen elektrischen Knopfkontakt berührt. Kürzlich verlagte dieser Mechanismus gerade in einem Augenblick, als sich ein recht wohlwollender Herr zwischen den Türflügeln befand. Da diese sich sehr rasch drehten und nicht zum Stillstand zu bringen waren, trat er einen Dauerlauf an, der mehrere Minuten währte. Die Menschen, die von der Straße hinein und aus der Bank heraus wollten, hielten die Sache anfangs für einen Witz des biden Herrn und wollten sich frantäuschen über die komische Figur, die er dabei machte. Dann wurden sie ungeduldig und versuchten die Tür anzuhaken. Vergebens. Nun wurde mit vieler Mühe ein Mechaniker geholt, der erst im Keller den Motor abschalten mußte, ehe der arme Dauerläufer aus seiner Lage befreit werden konnte.

Ein Dorado für Wohnungssuchende. Während überall in der Welt Wohnungsnot herrscht, leidet die Stadt Reims an Einwohnermangel. Die Tätigkeit des Wiederbauforschusses war so durchgreifend und seine Mittel waren so reichlich, daß die Stadtverwaltung gezwungen ist, einen Aufruf in den Pariser Zeitungen zu erlassen, in dem sie darauf hinweist, daß es in Reims zahlreiche Häuser ohne Bewohner, Geschäfte ohne Kunden und Fabriken ohne Arbeiter gäbe. Sie hofft, daß unter den zahlreichen wohnungssuchenden Pariser sich genügend finden, die sich entschließen, nach der stilleren Provinzstadt überzusiedeln.

Zur Frage der Verdrängungs- und Liquidationschäden

In der Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Hilfsbundes der Glas-Lothringer im Reich erkrankte der Vorsitzende Rothmaler Bericht über Stand und Aussichten der Entschädigungsfrage. Nach den diesjährigen Entschädigungen, die die sog. Nachentschädigung hervorgerufen hat, und nachdem die Ausführungsbestimmungen wesentliche Einschränkungen zum Nachteil der Geschädigten erfordern haben, sind die Interessierten der Geschädigten dazu übergegangen, ihren Forderungen und Wünschen durch eine Klärung in weiteren Kreisen Nachdruck zu verleihen. Die vom Hilfsbund der Glas-Lothringer im Reich auf seinem vorläufigen Bundestag beschlossene Denkschrift ist der Reichsregierung sowie den Landesregierungen, den Mitgliedern des Reichstages sowie der einzelnen Landtage zur Kenntnisnahme zugegangen, und von zahlreichen Stellen sind daraufhin dem Hilfsbund Schreiben zugegangen, die auf eine nachdrückliche günstige Förderung der Entschädigungsfrage schließen lassen, soweit dies im Rahmen der Finanzlage des Reiches möglich sein sollte.

Dieser Aktion ist es auch zu verdanken, daß der 22. Ausschuss des Reichstages sich mit den zur Nachentschädigungsfrage geäußerten Wünschen und Forderungen beschäftigte. Weiterhin hat der Hilfsbund seine Bemühungen zur Erzielung eines endgültigen Entschädigungsgesetzes fortgesetzt und einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der der Reichsregierung bereits übermittelte wurde. Darin wird u. a. die Einstellung von Mitteln in den alljährlichen Haushalt des Reiches verlangt, um nach und nach die Schäden abzugleichen. Die Einstellung solcher Mittel in den Haushaltsplan des Reiches ist aber von dem Präsidenten der Reparationskommission und nach erfolgter Beschwerde auch von der Reparationskommission, die bekanntlich über den Reichshaushaltsplan wacht, abgelehnt worden. Die Reichsregierung ist also in dieser Hinsicht machtlos, und die Lage der Verdrängten müßte bezüglich der Entschädigungsaussichten als sehr trübe angesehen werden, wenn es der Reichsregierung nicht möglich sein sollte, auf anderem Wege Mittel flüssig zu machen für die Entschädigung.

Da aber in allen Fällen die Reparationskommission das Recht in Anspruch nehmen könnte, Einspruch zu erheben, hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts über diese Frage anzuerkennen und dieses Schiedsgericht hat zu diesem Zweck einen besonderen Gerichtshof zusammengestellt, der unter einem Amerikaner als Vorsitzenden tagen soll. Die Sachverständigen sollen sich zusammensetzen aus je einem Deutschen, einem Franzosen, einem Holländer und einem Schweden. Deutschland hat zu seinem Vertreter den Universitätsprofessor Kaufmann von Bonn bestimmt. Wie die Sache liegt, ist damit zu rechnen, daß die Entscheidung dieses Gerichtshofes erst gegen Ende dieses Jahres fallen wird. Sonach ist ebenfalls damit zu rechnen, daß die Reichsregierung vor dieser Entscheidung ein endgültiges Entschädigungsgesetz nicht erlassen wird, da für dieses die Entscheidung des Gerichtshofes maßgebend sein muß. Umso mehr liegt es im Interesse der Geschädigten, die Deffektivität weiter anzuführen und besonders träge Fälle von völlig unzureichender Entschädigung an ehemals Begüterten, die heute in größter Not leben, bekanntzugeben.

Aus dem interessanten Vortrag, dem sich eine lebhafteste Debatte angeschlossen war zu ersehen, daß demnach die Aussichten der Entschädigung zurzeit recht trübe sind und von der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts abhängen. Umso mehr müßte erwartet werden, daß die letzte Nachentschädigung weitherzig und liberal ausgeübt werde. Den Vorschlag in der Behandlung der Frage der Entschädigung genießen die sogenannten Dringlichkeitsfälle, die durch die Ortsgruppen an den Hilfsbund zur Weiterleitung an das Reichsentchädigungsausschuss sind. — Der Vorsitzende teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß von der Karlsruher Ortsgruppe 98 dieser Dringlichkeitsfälle eingereicht und sämtlich bewilligt worden sind. Daneben ständen aber eine ganze Reihe von Fällen, bei denen die Nachentschädigung völlig ungenügend ausfallen ist, in der Hauptsache verursacht durch die neuerlich erfolgte Bescheidung der grundlegenden Richtlinien.

Ordnung muß sein! In der ersäfflichen Wochenschrift „Die Zukunft“ lesen wir: „In der Umgegend von Mülhausen wohnt ein ehrbares Elternpaar, das 14 Kindern das Leben geschenkt hat. Als Anerkennung erhielt die Mutter eine silberne Medaille. Das ist zwar nicht so nützlich wie die 100 Mark, die sie in verfluchten Zeiten vom deutschen Staat erhielt und die heute 600 Franken gleichkommen, aber es ist immerhin ein „encouragement“ zum Fünftschutzen. Nun las der Vater in der Zeitung, daß seine Frau für acht lebendige Kinder befohrt wurde. Da aber, infolge von Krankheit, Krieg und Hunger von den vierzehn geborenen Kindern nur noch sieben sich des Lebens erfreuten, berücksichtigte der ebenso ordnungsliebende wie ehrliche Vater den Fiskus durch Meldung. Der Polizeidiener ersahen auch verblüffend reich und tauschte die silberne Medaille in eine bronzene um.“

Ein Neujahrsgesicht der Banque de France. Die Banque de France, eines der größten Bankhäuser Frankreichs, hat sich an Neujahr besonders nobel erwiesen. In die Telephonstimmungen in Metz hat sie summa summarum 20 Franc als Neujahrsgesicht überreicht. Da es insgesamt 85 Damen sind, die sich in die fünfstellige Gabe teilen müssen, erhält also jede genau 80 Centimes, also etwas weniger als 1/2 Franc. Nach deutschen Begriffen hätte jede Beisenderin etwa 5 Pfennige bekommen. Man kann wirklich auf diesem hochherzigen Geschenk der französischen Bank gratulieren, denn es entspricht ganz ihrer Leistungsfähigkeit!

Der schlechte Ruf von Neunorf. Neunorf scheint das Schicksal der anderen Weltstädte zu teilen: im Munde der Leute gilt es schlechthin als die Stadt der Verderbnis, als schamlos und rotlich, als etwas, das vom Erdobden verfertigt werden müßte. Ein bekannter Staatsanwalt von Neunorf kehrt nun den Spieß um und erklärt: „Die Verderbnis existiert vor allem in der Phantasie oder vielleicht auch in den Bedürfnissen der Provinzialer die sich in der Hauptstadt um jeden Preis austoben wollen und hinter Salard-Spielen schlaftrinken Wäldern und allem dergleichen her sind. Der Sumpf von Neunorf ist der Traum aller Provinzialer und was sie in Neunorf suchen das finden sie schließlich auch im irgends einen hohen Preis.“

Zeitgemäß! Es gibt auch in Kaiserlautern Leute, die mit der Zeit und ihren Vorzügen Schritt halten. Der „Kfz. Pz.“ wird von diesem Ort berichtet, daß dort ein Latrinabauunternehmensbesitzer (o diese Titel!) anführt ist, der seinen etwas anrüchigen Beruf bisher als „Werkortologe“ angab, eine Bezeichnung, die den wissenschaftlichen Aspirationen jener Stadt entspricht. Seit Neujahr aber hat der gute Mann sich einen neuen Titel gegeben, wie man sagt, sicher beeinflusst durch höhere Vorgänge. Seine Karten lauten nunmehr auf „Latrinarrat“.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Freitag, den 22. Januar.

Der gefrige Tag war in Baden wechsellnd bewölkt, die Temperaturen lagen in der Ebene mittags bei 4 Grad Wärme, auf dem Feldberg herrschte 5 Grad Frost. Heute früh ist es meist heiter bei 4 Grad Frost in der Ebene, 10 Grad im Schwarzwald. — Das alteren über der Zuzugelene Tief hat sich völlig aufgelöst. Infolgedessen konnte es in Mitteleuropa zu starkem Druckanstieg kommen und Frankreich und Deutschland liegen heute unter einem Hochdruckgebiet. Die Folge ist anhaltend meist trockenes, zeitweise heiteres Wetter bei leichter Zuzugelene bei 5 Grad Frost.

Weiterausblick für Samstag, den 23. Jan.: Zeitweise heiter, meist trocken. Ebene stellenweise Nebel. Nachtfrost (Ebene 5—10 Grad unter 0 Grad), auch tags meist Frost. Schwache Winde.

Badische Meldungen.

Table with 10 columns: Höhe über NN, Luftdruck, Temperatur, Wind, Stärke, Wetter. Rows for various locations like Söllingen, Karlsruhe, Baden, etc.

Außerbadische Meldungen.

Table with 10 columns: Name, Luftdruck, Temperatur, Wind, Stärke, Wetter. Rows for various cities like Augsburg, Berlin, Damburg, etc.

Rheinwasserstand.

Table with 3 columns: Station, 22. Januar, 21. Januar. Rows for Lauterbrunn, Rehl, Mainz, Mannheim.

INDUSTRIE- UND HANDELSZEITUNG

Die Reichsmarkumstellungen in der Statistik.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Untersuchung der Reichsmarkumstellung von 1923 Aktiengesellschaften, von denen 3347 Gesellschaften bereits in der Vorkriegszeit bestanden, während 6445 Gesellschaften in den Kriegsjahren gegründet worden sind. Gegenwärtig stehen noch die Reichsmarkumstellungspläne von 4-6000 Gesellschaften aus; allerdings ist es fraglich, ob sämtliche noch fehlenden Gesellschaften überhaupt eine Reichsmarkbilanz vorlegen werden.

Die Bilanzposten der vor dem Kriege gegründeten Aktiengesellschaften können mit den entsprechenden Posten der letzten Friedensbilanzen nur unter vielen Vorbehalten verglichen werden (Kursverluste, Kapitalerhöhungen usw.). Die 3347 Vorkriegsgesellschaften haben sich z. B. im Laufe der letzten sechs Jahre rund 300 Gesellschaften durch Fusionen angegliedert. Ohne Berücksichtigung der Fusionen würde sich ergeben, daß das Nominalkapital nach der Reichsmarkbilanz 105 v. H. des Friedenskapitals beträgt; unter Berücksichtigung der Fusionen ergibt sich hingegen ein Prozentsatz von nur 93,4 v. H. Der größte Teil der Fusionen erfolgte im Bankgewerbe, wo 71 Gesellschaften mit einem Friedenskapital von 967 Millionen Mark aufgenommen wurden.

Der Durchschnittskurs für sämtliche an den deutschen Börsen notierten Stammaktien betrug am 30. Juni 1914 165,2 v. H., am 15. Juli 1925 nur 87,3 Prozent. Im einzelnen betrug der Kurswert in v. H. des Nominalbetrags der Stammaktien (in 1000 M.):

Industrie der Grundstoffe	92,9
Bearbeitende Industrie	86,4
Dandel und Verkehr	82,4
davon Banken und sonstiger Geldhandel	97,4
Sonstige Gesellschaften	80,5

Diese Aufstellung zeigt die großen Unterschiede im Kursniveau der verschiedenen Gewerbe. Die Banken, die ihr Kapital gegenüber der Vorkriegszeit am stärksten zusammengelegt haben, stehen nunmehr dem Parikurs am nächsten. Es ist zu bemerken, daß im allgemeinen der Kurs der großen Gesellschaften sehr viel günstiger steht, als der der kleineren Gesellschaften. Bei einem Vergleich der Bilanzen fällt die große Verschiedenartigkeit zwischen den einzelnen Gewerbegruppen auf. Eine Zunahme des Aktienkapitals ist vor allem bei der Industrie der Grundstoffe und der verarbeitenden Industrie zu verzeichnen. Die folgenden Gruppen zeigen die höchste Zunahme des nominalen Aktienkapitals (in Prozent des Vorkriegskapitals):

Chemische Industrie	227,1
darunter Farben-Industrie	418,2
Wasser, Gas und Elektrizität	177,7
Bergbau, Salinen, Torfgräberien	135,9
Eisen-, Stahl- und Metallwaren	134,4
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug- und Schiffbau	129,5
Textilindustrie	124,5

Anderer Gewerbegruppen zeigen hingegen eine sehr bedeutende Verminderung des Aktienkapitals, und zwar handelt es sich hierbei vorwiegend um das Handels- und Verkehrsgewerbe. Bei den folgenden Unternehmungsgruppen ist das Reichsmarkkapital im Vergleich zum Vorkriegskapital besonders niedrig (in Prozent des Vorkriegskapitals):

Darunter Gewerbe	30,6
davon a) Warenhandel	95,9
b) Banken	29,9
c) Grundstücks-Gesellschaften	42,5
Baugewerbe	76,8
Berufsgewerbe	78,7
davon Minen- und Schmelzwerke	82,6
Berufsgewerbe	81,4

Das Fremdkapital ging nach den Umstellungsplänen auf 21 v. H. zurück. Dieser Rückgang erklärt sich zum großen Teil daraus, daß das Reichsmarkkapital im Vergleich zum Vorkriegskapital besonders niedrig (in Prozent des Vorkriegskapitals) ist. Das Aktienkapital beträgt nach der Umstellungspläne 104 v. H., der arbeitenden Mittel gegenüber 26 v. H. im Jahre 1913.

Die 6445 in der Kriegsjahren- und Nachkriegszeit gegründeten Gesellschaften haben ein Aktienkapital von rund 3,4 Milliarden bei einem durchschnittlichen Kapital von 523 M. bei den Vorkriegs-, von 0,59 M. bei den Nachkriegsgesellschaften. Von 717 dieser Gesellschaften, mit einem Kapital von 1 Million oder mehr sind 425 durch Umwandlungen aus anderen Unternehmensformen hervorgegangen. In acht Fällen lag eine Gründung als Tochtergesellschaft vor, während in 284 Fällen mit 982 Millionen Kapital eine Neugründung stattfand. Unter den Kriegsjahren- und Nachkriegsgesellschaften befinden sich 311 mit einem noch Abzug des Kapitalentwertungsabzuges unter 5000 M. liegenden Kapital. Die Verteilung der arbeitenden Mittel auf Eigen- und Fremdkapital ist nicht wesentlich anders als bei den Vorkriegsgesellschaften. Hypotheken und Obligationen betragen nur 1,5 Prozent der arbeitenden Mittel, also nicht die Hälfte des Anteils bei den Vorkriegsgesellschaften.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wirtschaft des württ. Staates für Volkswirtschaftliche Anstalt. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über die Württembergische Wirtschaftliche Anstalt für den württ. Staat für Darlehen zugunsten der württembergischen Wirtschaft fertiggestellt, wonach das Finanzministerium ermächtigt werden soll, für Darlehen, die von der Oberpostdirektion Stuttgart aus den Württemberg anfallenden

Politikgeldern an die Württ. Notenbank zur Weiterleitung an die württembergische Wirtschaft gegeben werden, namens des württembergischen Staats die Württembergische Wirtschaftliche Anstalt zu übernehmen. Der Entwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Uebersichtlicher Rückgang der englischen Rohleinsparungen über Hamburg. Die englische Rohleinsparung über Hamburg ist in der Zeit vom 1. bis 15. Januar gegenüber der zweiten Hälfte des Monats Dezember um 2664 Tonnen, d. h. um 26 Proz., zurückgegangen. Vom 1. November v. J. bis zum 15. Januar d. J. hat sich die englische Rohleinsparung über Hamburg in den einzelnen Monatshälften folgendermaßen gestaltet: 1. bis 15. November 120 299 Tonnen, 16. bis 30. November 181 118 Tonnen, 1. bis 15. Dezember 104 593 Tonnen, 16. bis 31. Dezember 109 687 Tonnen, 1. bis 15. Januar 84 088 Tonnen.

Die Folgen der Frankenscheit. Verschiedene wirtschaftliche Baumvollspinnereien haben in ihren Verkaufsbedingungen die Kaufleute „Freibleiben“ aufgenommen; danach sollen Preisermäßigungen infolge höherer Löhne oder Steuern möglich sein. Auch die Textilindustrie zeigt bereits vereinzelt die Neigung, durch Baluten-fakturierung den Folgen der Frankenscheitbewegung aus dem Wege zu gehen.

Ausfuhrzoll für Weizen in Polen. Unterstützt von der polnischen Regierung hat die polnische Landwirtschaft in den letzten Monaten große Massen Weizen ins Ausland verschifft und dadurch eine empfindliche Anspannung im Inland hervorgerufen, so daß die Regierung ein Ausfuhrverbot ins Auge faßt. (Siehe Nr. 17. vom 12. Jan.) Nummer wurde in Württemberg dieses ursprünglich gefaßten Gedanken durch Verordnung ein Exportzoll von 15 Mark auf den Doppelzentner Weizen gelegt. Auch für die Ausfuhr dürfte eine entsprechende Zollbestimmung bald erfolgen. Durch diesen Zoll ist die Ausfuhr praktisch ebenfalls lahmgelegt.

Ermäßigte Zinsfußsätze in Süddeutschland. Die Süddeutsche Hypothekendarlehen-Vereinigung, ein Institut mit Wirkung vom 19. d. M., eine Ermäßigung der Verkaufspreise für Zinsfuß an. Für Lagerleistungen von Weizen sind die ermäßigten Sätze für reichliche und schlechte Weizen ohne Unterschied an Revershändler für alle Mengen auf 101 M., an Verbraucher für alle Mengen auf 107 M. für die 100 kg. jedes jeder Ballastation im Gebiet der Vereinigung. Für die Plätze Weingarten, Mannheim, Worms, Alzenau, Heilbronn sind einmündigen Sorten und die gelamte Plata, ferner Bruchsal und Heilbrunn, sowie Karlsruhe mit Durack, gelten für Lieferungen an Revershändler für alle Mengen 90 M., an Verbraucher 108 M. An den Ueberpreisen hat sich keine Veränderung ergeben.

Italienische Anleihen in Amerika. Seitens italienischer Institute und Firmen werden zurzeit eine Reihe von Verhandlungen mit Amerika über die Aufnahme neuer italienischer Anleihen. Angelegt werden eine Anleihe von 40 Mill. Dollar für die Stadt Rom, von 50 Mill. Dollar für das von der Banca Commerciale finanzierte Institut de Credito, 35 Mill. Dollar-Obligationen für die Mittelmeer-Elektrizitäts-Werke, 5 Mill. Dollar für die italienische chemische Gesellschaft, ferner soll eine Anleihe von 30 Mill. Dollar für die Elektrizitäts-Industrie aufgelegt werden.

Verkauf des Berliner Hotels „Eplandau“. Mehrere Blätter melden, daß gegenwärtig Verhandlungen mit einer amerikanischen Gruppe über den Verkauf des Hotels „Eplandau“ in Berlin, das dem Stinneskonglomerat gehört, im Gange sind. Die Nachricht, daß ein Münchener Hotelier das Hotel gekauft habe, ist nicht zutreffend.

Selbstbräu A.-G. Bamberg und Erlangen. Die Gesellschaft weilt für 1924/25 nach A. 213 123 Rückstellungen und A. 195 000 Rückstellungen, A. 221 224 Reingewinn aus. Die Dividende beträgt 8 Prozent bei A. 212 224 Vorktrag.

Union Eisbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft in Elm. Die G. S. genehmigt den Bilanz für 1924/25. Der Verlust wird vorgetragen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Max Dahn in Emmishofen (Schweiz) und Reichsminister Submann-Röll. Die ursprünglich vorgesehene Liquidation der Gesellschaft wurde nicht beschloffen. Es ist beabsichtigt, die A.-G. einmündigen fortzuführen und später in eine G. m. b. H. umzuwandeln.

Süddeutsche Karlsruherische Scheber A.-G. in Weiskron. Die Gesellschaft ist nach Württemberg nach mit Aufträgen über 800 Wagen verfahren, so daß Arbeitsverhältnisse noch nicht erforderlich waren. Das laufende Geschäftsjahr verspricht, soweit die Verhältnisse eine Voraussage zulassen, mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abzuschließen.

Württ. Eisenwerke A.-G. Schwab. Gmünd. Die Gesellschaft macht Ansetz gemäß § 240 H. G. B. (Verlust) wird vorgetragen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Max Dahn in Emmishofen (Schweiz) und Reichsminister Submann-Röll. Die ursprünglich vorgesehene Liquidation der Gesellschaft wurde nicht beschloffen. Es ist beabsichtigt, die A.-G. einmündigen fortzuführen und später in eine G. m. b. H. umzuwandeln.

Umsatzsteuer-Vergütungsanträge des Ausfuhrhändlers. Der Vergütungsantrag des Ausfuhrhändlers nach § 4 des Umsatzsteuergesetzes beträgt bekanntlich nur 1/2 Prozent (allgemeine Umsatzsteuer) bzw. 10 Prozent (Einkommensteuer), wenn 1. bei Geltendmachung des Vergütungsantrages nach vereinnahmten Entgelten die Vereinnahmung des Entgelts für den Umsatz in das Ausland; 2. bei Geltendmachung des Vergütungsantrages nach Lieferungen in die Lieferzone in das Ausland in der Zeit zwischen dem 1. Oktober 1925 und dem 31. Dezember 1925 erfolgt ist. Die Danbelschammer Karlsruhe weist darauf hin, daß die Vergütungsanträge, die auf Grund der Sätze von 1/2 Prozent bzw. 10 Prozent noch gestellt werden können, bis zum 31. Januar 1926 bei dem zuständigen Finanzamt einzureichen sind. Für Anträge, die nach diesem Zeitpunkt vorgebracht werden, gelten nur die Sätze von 1 Prozent bzw. 7 1/2 Prozent.

Banken

Sparbanken und Banken. Gegenüber der Zeitschrift des Reichsverbandes der Industrie, in der über ein Ueberhandnehmen der öffentlichen Bankanstalten geklagt wird, äußert sich die „Deutsche Sparbanken-Zeitung“ wie folgt:

Es geht heute in Deutschland nicht, wie die Zeitschrift behauptet, 3000 oder gar 8500 öffentliche Banken, sondern nur 100, und zwar 8 Reichs- und Staatsbanken, eine Anzahl Landesbanken, 12 Girozentralen und 600 Kommunalbanken. Die rund 8000 Sparbankstellen sind

keine Banken, denn unter ihnen befinden sich 5000 Nebenstellen, die größtenteils ehrenamtlich verwaltet werden und keinerlei Bankgeschäfte machen. Den verbleibenden rund 3000 Sparbankstellen fehlen ebenfalls die für das Privatbankgeschäft charakteristische Bewegungsfreiheit. Wichtig ist doch, daß die Sparbanken ihre Guthaben aufwerten müssen, während die Banken von dieser Verpflichtung befreit sind.

Unrichtig ist auch die Behauptung bei Girozentralen als Nachkriegserscheinungen. Die Gründung der Girozentralen und Giroverbände habe sich bereits vor dem Kriege vollzogen. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß zurzeit bis 67 pCt. der Sparanlagen im Personal-Kreditgeschäft verwandt werden. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1925 ergebe sich gerade das Gegenteil (es sind nämlich 67 pCt. der Sparbankkredite durch Grundpfandsicherheiten gedeckt).

Eine Ueberreibung liegt in der Behauptung, daß die Sparbanken urteillos hohe Einlagen gewähren, ohne zu bedenken, daß dadurch auch höhere Soll-Zinsen erforderlich werden. Die Sparbanken begnügen sich mit einer erheblich niedrigeren Zinsspanne als die Banken und gewähren den Einlegern höhere Sätze als wirksamen Anreiz für die notwendige Kapitaleinsparung.

Eine Ueberreibung des Hypothekendarlehens. Dem Reichstag liegt zurzeit der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehens vor. In der Begründung heißt es u. a. wie folgt: Es ist damit zu rechnen, daß die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung von Hypothekendarlehen außer den im § 5 bezeichneten Fällen die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung von Hypothekendarlehen betreiben dürfen.

Die Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes sind zum am 1. Januar 1926 in Kraft getretenen Grundkapital. Nach dem Entwurf sind die Darlehen, die die Banken bei der Rentenbank-Kreditanstalt aufnehmen in die für die Aufnahme von Hypothekendarlehen geltende Umlaufgrenze des § 7 des Gesetzes einzurechnen. Der Entwurf geht hierüber davon aus, daß der mit der Festsetzung der Umlaufgrenze für Pfandbriefe verbundene Zweck einer Sicherung der geschäftlichen Lage der Bank und damit der Pfandbriefgläubiger in entsprechender Weise auch für das Darlehensgeschäft von Bedeutung ist und daß es sich andererseits nicht empfiehlt, die Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes durch die Einführung einer neuen Umlaufgrenze für Darlehen unübersichtlich zu gestalten.

Herabsetzung der Habenzinsätze in Württemberg. Die Vereinigung Württ. Banken und Bankiers hat in Uebereinstimmung mit dem gleichen Vorhaben an anderen Plätzen den Zinsfuß für Geld auf mindestens 15 Tage bis längstens einen vollen Monat fest oder mit entsprechender Rückzahlung bis zum 1. Juli 1926 auf 6 Prozent für das Jahr mit Wirkung ab 18. Januar 1926 herabgesetzt.

Tobakfall. Dr. jur. h. c. Arthur Gutmann, Generalbevollmächtigter des Reichsanwaltes E. Weiskron in Berlin, ist heute an den Folgen einer Operation gestorben.

Märkte

Berliner Produktienmärkte vom 22. Jan. (Kunstsprach.) Trotz abnehmender Preisbewegungen der Futtermittel sind vorwiegend der Beginn des amtlichen Verkehrs die unveränderten Liverpooler Devisen, so daß der Berliner Produktienhandel als mäßig widerstandsfähig zu bezeichnen. Der anhaltenden Nachfrage der Exporteure wie auch der Mägen fand Material nur in geringem Umfange gegenüber, so daß die nur mit etwa 1 Mm. ermäßigten Gebote nur sehr spärlich Wirkung finden können. Im Viehmarkt ist der Markt für Schweine bei Beginn unverändert (206), während Mat um 1 Mm. auf 272 zurückging. Mägen per Mat um 1 Mm. schwächer, Mat ohne feste amtliche Notiz, ca. 185,50. Daher behauptete keine überwiegenen ruffigen Verkehrs. Auch in Getreide kommt wenig Geschäft zustande, lediglich ein wenig Weizen, Futtermittel bei vereinzeltem Geschäftsgleichgewicht still und ohne Schwankungen.

Berlin, 22. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Produktienmarkt anfangs ruhig. Weizen per Mat 204, Mat 270, Roggen per Mat 174 G., Mat 185,50 G.

Kaffee- und Kakaomarkt vom 22. Jan. Der Kaffee- und Kakaomarkt war mit Gemüde und Obst aller Art, sowie mit Butter und Eier gut besetzt. Das Brot- und Backwarenmarkt 1,50-1,60 M., die Tafelbutter 2-2,40 M. - Der Schweinemarkt war besetzt mit 447 Ferkel und 88 Stück Sauerkühe. Verkauf wurden Ferkel, das Paar zu 45-65 M., und Säuer, das Paar zu 100-150 M. Mägen an Ferkel 20 und an Säuer 8 Stück, Geschäftsaussicht langsam.

Schweinemarkt in Rehl vom 21. Jan. Auf dem Schweinemarkt waren 172 Ferkel aufgetrieben, wovon 169 verkauft wurden. Höchster Preis für das Paar 70, häufigster Preis 60 und niederster Preis 40 M.

Börsen

Frankfurt a. M., 22. Jan. Nachdem es an der heutigen Börse fast völlig an Auslandskaufaufträgen schied, eröffnete das Geschäft in sehr flüchtiger Stimmung und zum Teil um 2 Prozent niedrigeren Kursen. Im Verkauf machte sich dann aber etwas Bedingungsbedarf bemerkbar, so daß die Kurse der ersten amtlichen Kurse die Notierungen der letzten Mittagsbörse fast vollkommen wieder erreicht werden konnten. An Lebhaftigkeit hat die Umsatztätigkeit etwas eingebüßt. Von ihren an der letzten Abendbörse erzielten Kursgewinnen konnten Rheinisch und Siemens u. Halske den größten Teil behalten. Im weiteren Verlauf entspann sich ein starker Kampf zwischen der Contremine, die mit größeren Verlusten gegen den hohen Kursstand der Montan- und Chemiederie versing, und der vorerst einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hat, denn nach und nach kam es zu weiteren Kursabsenkungen, die jedoch zunächst die feste Grundbörse noch nicht zu erschüttern vermochten. Etwas höhere Kursverluste waren in Rudersloh zu verzeichnen, in denen die Aktien abend erzielten Kursbesserungen verloren gingen. Deutsche Anleihen und ausländische Renten waren leicht abwärts. Ungarn allerdings machten mit geringen Kursbesserungen eine Ausnahme. Pfandbriefe waren knapp besetzt.

Auch der Fremdeverkehr war etwas leichter. Man nannte Beder Stahl 44, Beder Rohle 40, Benz 81, Brown Boveri 58, Entreprie 10, Krügerball 85, Petroleum 74, Ufa 54, Unterfranken 87,50.

Berlin, 22. Jan. (Kunstsprach.) Nachdem sich einige getrennt stehende Börsennotierungen als unwahr bewiesen, verläßt man sich heute auf die amtliche Notierung der an der Börse notierten Werte. Infolgedessen lagen a. B. Görner etwa 8 Prozent unter ihrem letzten Schlusskurs. Die schnelle Verfallung der führenden Marktgebiete führte auf die gesamte Börse ab, so daß diese anfangs mit wenigen Ausnahmen ein unsicheres, vorwiegend abwärtsgerichtetes Bild bot. Allerdings hielten sich die Kursbewegungen durchweg in Grenzen von 1-1,5 Proz. Gegen Ende der ersten Stunde setzte sich zu den ermäßigten Kursen wieder leichte Rückaufwindung, so daß das Aktiennotieren sich wieder zu beruhigen begann, wobei die Kurse sich allmählich wieder erhob. Man vermischt dabei vor allem auf die anhaltende Geschäftstätigkeit. Umlaufvorbereitungen machten sich am offenen Geldmarkt noch nicht bemerkbar. Tagesgeld bliebt mit 6-8 Proz. und Monatsgeld mit 8,5-9,5 Proz. angeboten.

Am Devisenmarkt war das Geschäft außerordentlich still. Nennenswerte Veränderungen traten anfangs nicht ein. Am einzelnen gehörten zu den wenigen schon bei Beginn der Börse befestigten Werte Wochenswert, Aktien, die um 2 Proz. anwogen, Gölber, Wagon, Berliner Südbahn, Charlottenburger Wasser, unter Nachwirkung des geschlossenen Devisenmarktes, Berliner Südbahn, Deutsche Kabel, A. Wolf und Motorfabrik Deub. Im übrigen waren 1-2prozentige Schwankungen die Regel, die allerdings, wie schon erwähnt zum Teil wieder eingelebt wurden. Bemerkenswert war die sehr feste Haltung der Tebantep-Anleihe, während die übrigen ausländischen Renten nach ihrer letzten Notierung meist abwärtsgerichtet. Nur Türkei blieben weiter befestigt, an ansiehenden Kursen. Deutsche Renten etwas niedriger. Am Geldmarkt blieben einige Gapan um 2,5 Proz. ruhig, während die übrigen Werte dieses Geldes flach lagen. Die Aktien der G. B. Bankenindustrie eröffneten mit 124,87 etwa 1,5 Proz. schwächer.

Berliner Schwankungs- und Terminkurse vom 22. Januar

	Antang	Schluss	Antang	Schluss
	22. 1.	21. 1.	22. 1.	21. 1.
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen	100	100	100	100
100 Rubel	100	100	100	100
100 Gulden	100	100	100	100
100 Kronen	100	100	100	100
100 Schilling	100	100	100	100
100 Lira	100	100	100	100
100 Escudo	100	100	100	100
100 Pes.	100	100	100	100
100 Kr.	100	100	100	100
100 Mark	100	100	100	100
100 Reichsmark	100	100	100	100
100 Dollar	100	100	100	100
100 Pfund	100	100	100	100
100 Franc	100	100	100	100
100 Yen				

